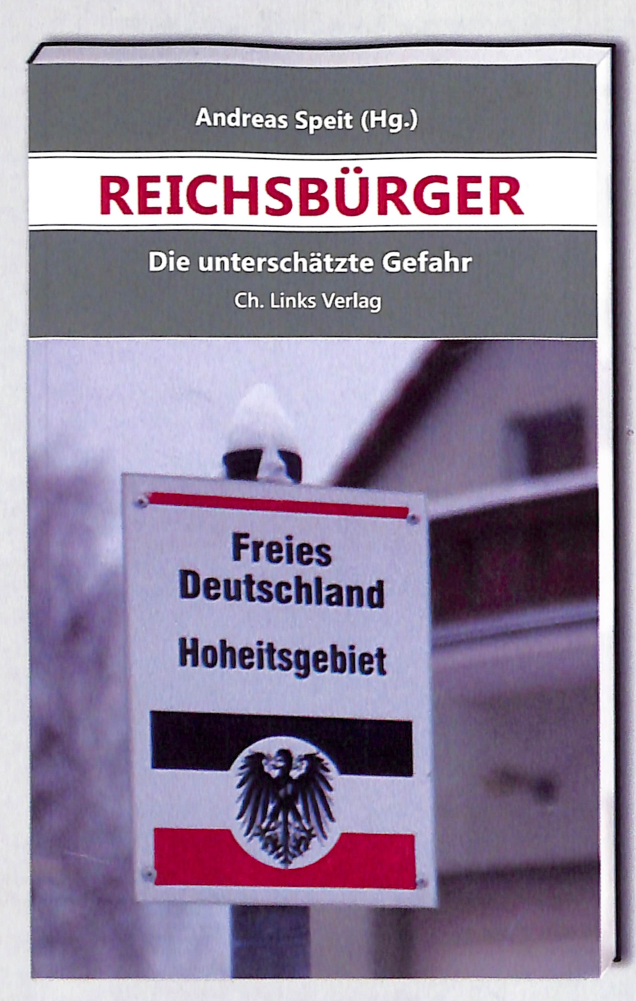
Bloß ein paar wenige »Spinner«? Leider nicht ...



216 Seiten, Broschur
ISBN 978-3-86153-958-2, 18,00 €

Andreas Speit (Hg.)
REICHSBÜRGER
Die unterschätzte Gefahr

In Deutschland werden mehr als 12000 Menschen zu den sogenannten Reichsbürgern gerechnet. Für sie ist die Bundesrepublik kein souveränes Staatsgebilde, sondern bestehen die Deutschen Reiche aus der Zeit vor 1945 fort. Manche von ihnen gründen auch eigene Reiche, stellen Pässe und Führerscheine aus. Viele erkennen die deutschen Behörden nicht an, verweigern Bußgeldzahlungen und Steuern. Lange Zeit hielt der deutsche Staat die Angehörigen dieser Szene für »Spinner« und tat sie als ungefährlich ab – bis im Oktober 2016 ein Polizist in Franken von einem Reichsbürger erschossen wurde.
Der ausgewiesene Rechtsextremismus-Experte Andreas Speit beleuchtet zusammen mit elf Fachleuten die Ideologie und die Akteure der verschiedenen Reichsbürger-Gruppierungen. Sie analysieren deren Weltbild und beschreiben, wie ihnen angemessen begegnet werden kann.

Andreas Speit
Andreas Speit Jahrgang 1966, Diplom-Sozialökonom und freier Journalist, Autor der »taz Nord«-Kolumne »der rechte rand«, regelmäßige Beiträge für die »taz« und WDR; mehrere Auszeichnungen u.a. durch das »Medium Magazin« und den Deutschen Journalistenverband; Autor und Herausgeber diverser Bücher zum Thema Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, darunter im Ch. Links Verlag gemeinsam mit Andrea Röpke »Braune Kameradschaften« (2005); »Neonazis in Nadelstreifen« (2009); »Mädelsache! Frauen in der Neonazi-Szene« (2011); »Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland« (2013).

Ch. Links Verlag | Schönhauser Allee 36 | 10435 Berlin | www.christoph-links-verlag.de



Recherche. Analyse. Perspektive.

das **magazin** von und für **antifaschistInnen**

Abo gegen Rechts

www.der-rechte-rand.de

H 8040 F
ISSN 1619-1404
28. Jahrgang
Nummer 168
September | Oktober 2017
3,50 Euro

»Ich betrachte das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie.«

Theodor W. Adorno



editorial & inhalt

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

»Ich betrachte das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie.« Die Bemerkung, die der Philosoph und Soziologe Theodor W. Adorno 1959 machte, scheint auf die heutigen Tage zu passen. Adorno warnte davor, dass in der Bundesrepublik immer noch latente wie offene extrem rechte Einstellungsmuster existierten und er zielte auf das Verdrängen und Negieren der Shoah durch die Deutschen ab, auf das Nicht-Gewusst-Haben und das Nicht-Hinsehen-Wollen während des Nationalsozialismus.
Die Feststellung, dass der Nationalsozialismus in der Gesellschaft weiterlebe, gäbe heute Anlass zu großem Protest und zu der Versicherung, es sei alles überwunden und verarbeitet. Ob das zutrifft, sei dahingestellt. Und ja, es sind hier auch keine NationalsozialistInnen, die den Staat umstürzen wollen und mit Gewalt an die Macht streben, sondern hier passiert etwas anderes – schlimmeres, ginge es nach Adorno. In Deutschland gibt es ein rassistisches und faschistisches Potenzial, das eine Partei wählte, die es allen leicht gemacht hätte, sie nicht zu wählen. Eine Partei, die ihre Inkompetenzen, ihre Zwists um Inhalte und Personalia und ihr wahres Gesicht als durch und durch rassistische Partei mit faschistischen Zügen, nicht deutlicher hätte zur Schau stellen können. Gestört hat es ihre WählerInnen nicht. Genau sie meinte Adorno in seinem Vortrag und fügte hinzu: »Nur darum machen zwielichtige Figuren ihr come back in Machtpositionen, weil die Verhältnisse sie begünstigen.«

Warum und wann extrem rechte Parteien Wahlerfolge feiern und wann nicht, ist in den letzten Jahrzehnten ausführlich untersucht und diskutiert worden. Wie solche Wahlerfolge verhindert werden können, da gehen die Meinungen auseinander. Die Übernahme extrem rechter Position durch bürgerliche Parteien gehört zu den schlechtesten Strategien.
Wie befördert man eine extrem rechte Partei wieder aus dem Parlament heraus? Daran werden wir in den nächsten Jahren arbeiten. Als ersten Schritt werden wir die Arbeit der »Alternative für Deutschland« im Bundestag genau beobachten und dokumentieren – in unserem Heft, auf Twitter, Facebook – und auf der Internetseite afd-im-bundestag.de. Eine Normalisierung und Etablierung der »Alternative für Deutschland« im Bundestag und darüber hinaus darf es mit uns nicht geben.

Bis hierher lief's ganz gut ...

Wenn der Wahlerfolg der »Alternative für Deutschland« tatsächlich eine »Zäsur« war, braucht es Konsequenzen. Nur welche?

von Charles Paresse



> *Antifaschistischer Protest gegen die Wahlparty der AfD in Berlin*

Eine »Zäsur für Deutschland« sei das Ergebnis, titelte »Spiegel Online« am Wahlabend nach den ersten Hochrechnungen. Ähnlich kommentieren die »Frankfurter Rundschau« und die Präsidentin der »Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern«, Charlotte Knobloch. 12,6 Prozent der Stimmen für die »Alternative für Deutschland« (AfD) bei der Bundestagswahl am 24. September 2017, das sind voraussichtlich 94 Sitze im Parlament. In Ostdeutschland liegt die Partei mit etwa 22,5 Prozent der Stimmen an zweiter Stelle – vor der Linkspartei (17,4 %) und der SPD (14,3 %). In Sachsen wurde sie mit 27 Prozent sogar knapp stärkste Partei und konnte drei Direktmandate gewinnen. Die Proteste gegen das Ergebnis in Berlin, Hamburg oder Frankfurt am Main blieben übersichtlich. Erstmals seit vielen Jahrzehnten sitzt dort nun eine Fraktion rechts der Union – eine Fraktion, in der der Holocaust geleugnet wird, direkte Überschneidungen in den organisierten Neonazismus existieren, offener Rassismus, Antifeminismus und Nationalismus konstituierende Momente sind. »Opa war OK«, das ist in Zukunft nicht mehr nur der Slogan von Neonazis, sondern Kern der Geschichtsauffassung einer Bundestagsfraktion.

Künftig werden hunderte MitarbeiterInnen der AfD in der Bundestagsfraktion und den Wahlkreisbüros für gutes Geld jeden Tag Zeit haben, rechte Politik zu machen. AktivistInnen der »Jungen Alternative«, Burschenschafter, politische GoldgräberInnen und Ehemalige aus den Strukturen der extremen Rechten werden ihre neuen, steuerfinanzierten Jobs antreten. Der Zugang zu exklusiven Informationen, noch mehr mediale Präsenz und Millionen Euro für politische Arbeit und Propaganda – das sind die Ergebnisse. Vom RednerInnenpult unterm Bundesadler wird es künftig regelmäßig rassistische und geschichtsrevisionistische Reden geben, die ihren Weg in die sozialen Medien, das Fernsehen und die Presse finden. VertreterInnen der AfD werden in Beiräten der »Bundeszentrale für politische Bildung« und denen der öffentlich rechtlichen Sender sitzen, ebenso im Kontrollgremium für die Geheimdienste. Ihre Ideologie wird in die Kapillaren der Gesellschaft einsickern – manchmal deutlich erkennbar, manchmal subtil. Die rechte Hetze und der Rassismus werden zunehmen und werden künftig in noch mehr Talkshows Raum bekommen. Auch wenn mittlerweile JournalistInnen die Rolle der Medien kritisch hinterfragt haben, die der AfD bereitwillig und ohne Not Platz im Übermaß einräumten, wird die Macht des Faktischen noch mehr Präsenz erzeugen. Rassismus wird noch stärker als bisher als legitim angesehen. Diese Entwicklung war absehbar. Der Wahlsonntag war eine Zäsur mit Ansage, wie »der rechte rand« bereits im Juli 2017 schrieb (s. drr 167). Auch wenn die Noch-AfD-Bundesvorsitzende Frauke Petry am Montag nach der Wahl ankündigte, nicht der Bundestagsfraktion ihrer Partei beizutreten und zeitgleich vier Abgeordnete aus der Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern austraten, wird in den kommenden vier Jahren ein scharfer Wind von rechts wehen – im Bundestag und auf den Straßen, gefördert mit Steuergeldern.

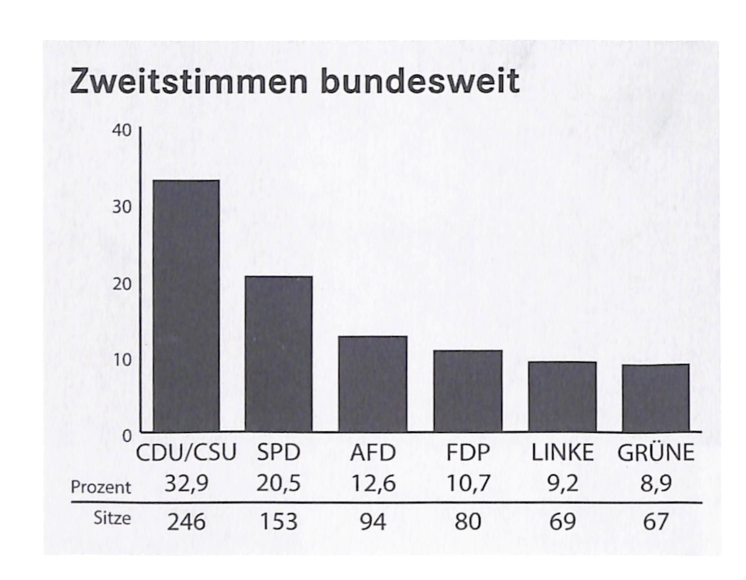
Doch in Kürze wird sich die Aufregung wieder gelegt haben. Bei Vielen, weil sie sich an Rassismus und Nationalismus sowieso nicht sonderlich stören. Bei Anderen, weil sie sich daran gewöhnen oder der Auffassung sind, der normale Politikbetrieb müsse ja weitergehen. Aber auch Linke und AntifaschistInnen werden sich mit der künftigen Stärke der AfD arrangieren. Eine Machtergreifung steht ja nicht bevor, und im Stadtteil der Metropolen oder der kleinen Universitätsstadt wird von der neuen Stärke der Rechtspartei wenig zu spüren sein. Aber neben den Diskursverschiebungen und der organisatorischen Stärkung der AfD werden Rassismus und rassistische Diskriminierung Aufwind erhalten – denn es ist ja jetzt wieder erlaubt ...! Der Soziologe Matthias Quent warnte, dass so auch die Gefahr eines neuen Rechtsterrorismus anwächst. Er zog die Parallelen zur Entstehung des »Nationalsozialistischen Untergrunds«, der sich vor dem Hintergrund des in den 1990er Jahren verbreiteten Rassismus gründete und radikalisierte.

Die professionelle Gelassenheit, die Viele an den Tag legen, irritiert. Wissend um die Fakten, wissend um die Geschichte der 1990er Jahre. Aber haben sich denn nicht auch NPD, DVU, »Schill-Partei« und »Die Republikaner« irgendwann von selbst erledigt? Bislang ging doch alles gut ...!

Die nüchternen Ratschläge, die man sich nun geben wird, sind richtig. Es braucht ordentliche Auswertungen der Ergebnisse der extremen Rechten. Die Forschung zu Motiven und Beweggründen der Wahl muss weitergehen, ebenso die Analyse der Forderungen und des Agierens der AfD im neuen Bundestag. Die Archivierung der Anträge der Rechtspartei, der Aufbau und die Stärkung von Bündnissen gegen Rechts, Demos gegen rechte Aufmärsche, Hilfe für FlüchtlingshelferInnen, Unterstützung für Opferberatungen, ein Abo antifaschistischer Zeitschriften, ... kurz: mehr Bewegung gegen Rechts. Aber das allein dürfte nicht reichen, wenn die Analyse einer historischen Zäsur stimmt. Wer Mathieu Kassovitz' »La haine« gesehen hat, wird sich an die Sätze am Ende des Films erinnern: »Dies ist die Geschichte einer Gesellschaft, die fällt. Während sie fällt sagt sie, um sich zu beruhigen, immer wieder: Bis hierher lief's noch ganz gut. Bis hierher lief's noch ganz gut. Bis hierher ... lief's noch ganz gut. Aber wichtig ist nicht der Fall, sondern die Landung.« Bis hierher lief es in der Bundesrepublik noch ganz gut, die extreme Rechte in ihrer realen gesellschaftlichen Wirkung einzuhegen – gerade wegen der deutschen Geschichte. Was sich rechts der Union abspielte, galt – mit Ausnahmen – als nicht stubenrein. Bisher lief das ganz gut ... Doch das ist nun vorbei. Es wird nötig sein, aus der Analyse der neuen Situation neue Schlussfolgerungen zu ziehen – und sich auf die Landung vorzubereiten.

Die AfD im neuen Bundestag

Wahlergebnisse und Abgeordnete aus den Bundesländern zur Bundestagswahl 2017*



Höchster Zweitstimmenanteil

Wahlkreis	Prozent
Sächsische-Schweiz-Osterzgebirge	35,5
Görlitz	32,9
Meißen	32,9
Bautzen I	32,8
Mittelsachsen	31,2
Erzgebirgskreis I	29,2

Niedrigster Zweitstimmenanteil

Wahlkreis	Prozent
Münster	4,9
Köln II	5,1
Mittelems	5,4
Hamburg-Altona	5,5
Aachen I	5,9
Hamburg-Eimsbüttel	5,9

Erststimmen-Direktmandate

Wahlkreis	Name	Prozent
Sächsische-Schweiz-Osterzgebirge	Frauke Petry	37,4
Bautzen I	Karsten Hilse	33,2
Görlitz	Tino Chrupalla	32,4

Schleswig-Holstein
Dr. Bruno Hollnagel
Prof. Dr. Axel Gehrke

Bremen
Frank Rüdiger Heinrich Magnitz

Niedersachsen
Armin-Paulus Hampel
Jörn König
Thomas Ludwig Walter Ehrhorn
Wilhelm von Gottberg
Dietmar Friedhoff
Jens Kestner
Waldemar Herdt

Nordrhein-Westfalen
Martin Erwin Renner
Jochen Haug
Prof. Dr. Harald Weyel
Kay Gottschalk
Jörg Schneider
Fabian Jacobi
Hans-Rüdiger Lucassen
Udo Theodor Hemmelgarn
Uwe Kamann
Dr. Michael Espendiller
Stefan Keuter
Mario Mieruch
Uwe Witt
Dr. Roland Alexander Stefan Hartwig
Gerhard Helmuth Berengar Elsner von Gronow

Hessen
Mariana Iris Harder-Kühnel
Joana Eleonora Cotar
Uwe Schulz
Jan Ralf Nolte
Albrecht Heinz Erhard Glaser
Martin Hohmann

Rheinland-Pfalz
Sebastian Münzenmaier
Dr. Heiko Wildberg
Andreas Bleck
Nicole Höchst

Saarland
Dr. Christian Friedrich Wirth

Hamburg
Dr. Bernd Baumann

unter 10 Prozent
10 bis 20 Prozent
20 bis 30 Prozent

Nordrhe
9,4 Prozent
15 Abgeord

Rheinl Pfalz
11,2 Proz
4 Abgeor

Saarland
10,1 Prozent
1 Abgeordneter

Baden-Württemberg
Dr. Alice Weidel
Prof. Dr. Lothar Maier
Dr. Marc Stephan Jongen
Markus Frohnmaier
Thomas Seitz
Jürgen Braun
Martin Alexander Hess
Volker Münz
Marc Albert Bernhard
Dr. Dirk Spindel
Franziska Gminder

Download der Karte auf www.afd-im-bundestag.de

der rechte **rand**
magazin von und für antifaschistInnen

Schleswig-Holstein
8,2 Prozent
2 Abgeordnete

Mecklenburg-Vorpommern
18,6 Prozent
3 Abgeordnete

Bremen
10 Prozent
1 Abgeordneter

Hamburg
7,8 Prozent
1 Abgeordneter

Berlin
12 Prozent
4 Abgeordnete

Niedersachsen
9,1 Prozent
7 Abgeordnete

Sachsen-Anhalt
19,6 Prozent
4 Abgeordnete

Brandenburg
20,2 Prozent
5 Abgeordnete

in-Westfalen
ete

Sachsen
27 Prozent
11 Abgeordnete

Thüringen
22,7 Prozent
5 Abgeordnete

Hessen
11,9 Prozent
6 Abgeordnete

nd-
ent
nete

Bayern
12,4 Prozent
14 Abgeordnete

Baden-Württemberg
12,2 Prozent
11 Abgeordnete

Mecklenburg-Vorpommern
Leif-Erik Holm
Enrico Komning
Ulrike Schielke-Ziesing

Berlin
Beatrix von Storch
Dr. Gottfried Curio
Dr. Götz Frömming
Dr. Birgit Malsack-Winkemann

Brandenburg
Dr. Alexander Gauland
Roman Reusch
René Springer
Steffen Kotré
Norbert Kleinwächter

Sachsen-Anhalt
Martin Reichardt
Frank Pasemann
Matthias Büttner
Andreas Mrosek

Sachsen
Jens Maier
Siegbert Frank Droese
Detlev Spangenberg
Prof. Dr. Heiko Hessenkemper
Bernhard Ulrich Oehme
Verena Hartmann
Klaus Lars Hartmann
Christoph Neumann
Karsten Hilse
Tino Chrupalla
**Dr. Frauke Petry

Thüringen
Stephan Brandner
Jürgen H. Pohl
Marcus Bühl
Dr. Robby Schlund
Dr. Anton Friesen

Bayern
Martin Hebner
Peter Christian Pascal Boehringer
Corinna Miazga
Petr Bystron
Martin Johannes Sichert
Hansjörg Gerhard Georg Müller
Peter Felser
Gerold Joachim Otten
Stephan Protschka
Paul Viktor Podolay
Tobias Matthias Peterka
Dr. Rainer Kraft
Johannes Huber
Wolfgang Wiehle

*Karte: Zweitstimmen der AfD in Prozent, Quelle: Bundeswahlleiter; Abgeordnete laut AfD-Landeslisten, Stand: 26.09.2017. **Parteiaustritt angekündigt.

Zwerge am rechten Rand

Neben der »Alternative für Deutschland« kandidierten zur Bundestagswahl noch andere Parteien am rechten Rand. Ein Blick auf die Ergebnisse.

von Thomas Altdstedt

Nach der Bundestagswahl 2017 ist klar, dass sich die extreme Rechte in erster Linie von der »Alternative für Deutschland« (AfD) vertreten fühlt. Die erreichten 12,6 Prozent sprechen dafür. Den explizit neonazistischen Organisationen, wie der NPD und der Partei »Die Rechte«, haben offenbar nur die überzeugten StammwählerInnen ihre Stimme gegeben. Wie viele Stimmen auch aus diesem Spektrum aus taktischen Gründen zur erfolgreicheren AfD gewandert sind, lässt sich nicht beziffern. Klar ist jedoch: Als Wahlparteien sind NPD und »Die Rechte« bedeutungslos. Die Partei »Der III. Weg« war gar nicht erst angetreten. Nach der Wahl erklärte sie, mit dem Erfolg der AfD sei »ein Tabu gebrochen« und für »fundamentale nationalrevolutionäre Politik« nun »das Eis (…) gebrochen«. Mit der »Deutschen Mitte« (DM) der »Bürgerrechtsbewegung Solidarität« (BüSo) und »Ab jetzt… Demokratie durch Volksabstimmung« traten weitere rechte Parteien an. Andere hatten im Vorfeld der Wahl zwar eine Kandidatur angekündigt, konnten aber die Voraussetzungen nicht erfüllen (s. drr 167).

NPD

Rund um das Verbotsverfahren hatte die NPD-Parteispitze mit Durchhalteparolen versucht, die Basis zusammenzuhalten: Das Verfahren würde scheitern und die Partei gestärkt daraus hervorgehen. Die Bundestagswahl zeigte nun jedoch, dass die Partei weiter abstürzt. Zuletzt hatten sogar langjährige Funktionäre zur Wahl der konkurrierenden AfD aufgerufen, da niemand mehr mit einem eigenen nennenswerten Ergebnis rechnete. Das anvisierte Ziel war das Erreichen der 0,5 %-Grenze, um weiterhin Anspruch auf die Parteienfinanzierung zu haben. Doch die NPD scheiterte mit 0,4 Prozent der Stimmen sogar an diesem Mindestziel. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 verlor die Partei weitere 0,9 Prozentpunkte. Damals gewann sie 560.828 Zweitstimmen. Nun gaben bundesweit 176.715 Menschen der NPD ihre Stimme. Bei den Erststimmen verlor die Partei noch deutlicher (-1,4 Prozentpunkte). Sie konnte mit 45.239 Stimmen nur 0,1 Prozent der WählerInnen für sich begeistern. Selbst in ihren ehemaligen Hochburgen, zum Beispiel in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, konnten die Neonazis jeweils nur 1,1 Prozent einsammeln. In Thüringen errang die Partei 1,2 Prozent. In den westdeutschen Bundesländern schaffte es die NPD nur noch in den Null-Komma-Bereich. Das Parteipräsidium erklärte, das Ergebnis sei enttäuschend. Die Partei müsse nun, »wenn sie noch einen politischen Auftrag haben will, sich radikal als soziale und nationale außerparlamentarische Opposition präsentieren«. Zudem müsse sie die AfD – eine »selbsternannte Alternative« – vor sich »hertreiben«. Ziel sei es, sich auf 2019 zu konzentrieren und für die dann anstehenden Kommunalwahlen in acht Bundesländern, die Europawahl und die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg frühzeitig Vorbereitungen zu treffen. Kurz nach der Wahl wurden Stimmen laut, die NPD wieder als »Weltanschauungspartei« zu positionieren. Eine stärkere Hinwendung zum offen neonazistischen Flügel könnte bevorstehen.

»Die Rechte«

Seit 2012 existiert die Neonazi-Partei »Die Rechte« unter Führung des Alt-Kaders Christian Worch. Zentrales Ziel der Kleinstpartei dürfte weniger ihr elektoraler Erfolg sein, als vielmehr der Schutz ehemaliger Strukturen der »Kameradschaften« unter dem Mantel einer Partei. Um diesen Status nicht zu verlieren, muss sie regelmäßig an Wahlen teilnehmen. Zur Bundestagswahl trat »Die Rechte« ausschließlich in Baden-Württemberg an – ihr Motto: »Heimat, Familie, Identität«. Hier konnte sie 2.070 Zweitstimmen und 1.166 Erstimmen erlangen. Als Direktkandidaten waren lediglich vier Männer ins Rennen gegangen: Manuel Mültin, Oscar Fernbacher, Reinhard Schätz und Uwe Kasper. Das Ergebnis setzt sich aus allen Wahlkreisen zusammen, da die Partei dort jeweils nur einige Dutzend Stimmen erringen konnte. Bundesweit bedeutet das ein Ergebnis von 0,0 Prozent. Bei der letzten Bundestagswahl 2013 hatte sie mit ähnlichen Ergebnissen in Nordrhein-Westfalen kandidiert.

»Deutsche Mitte«

Die »Deutsche Mitte« wurde 2013 vom Verschwörungstheoretiker Christoph Hörstel, einem ehemaligen Journalisten, gegründet. Hörstel bewegt sich auch im antisemitischen Milieu. Zum Wahlkampf bekam die Partei Unterstützung von der im Spektrum der »Montagsmahnwachen« populären Band »Die Bandbreite«. In Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern stand die Partei nicht auf dem Wahlzettel. In den anderen Bundesländern konnte die Partei insgesamt 63.133 Zweitstimmen gewinnen (0,1 %). Mit 0,4 Prozent erreichte sie in Thüringen ihr bestes Ergebnis.

Weitere Kleinstparteien

Das christlich-fundamentalistische »Bündnis C – Christen für Deutschland« ging nur mit DirektkandidatInnen in vier Wahlkreisen (Gifhorn-Peine, Hof, Freiburg, Osnabrück-Land) ins Rennen. Ihr Versuch, in acht Bundesländern auch mit Landeslisten zur Wahl anzutreten, scheiterte an mangelnden Unterstützungsunterschriften. Bundesweit erhielt die Partei 1.715 Stimmen. Die skurril-rechte »Bürgerrechtsbewegung Solidarität« erklärte nach der Wahl, der Erfolg der AfD setze eine »Serie von Ablehnungen der neoliberalen Politik fort«. Die Partei gewann mit ihren vier Landeslisten (Berlin, Bayern, Hessen, Sachsen) bundesweit 6.735 Stimmen. Darüber hinaus trat die BüSo mit 27 DirektkandidatInnen in Berlin, Sachsen, Bayern und Baden-Württemberg an, unter anderem mit Parteichefin Helga Zepp-LaRouche. Die Partei »Ab jetzt… Demokratie durch Volksabstimmung« trat nur in Nordrhein-Westfalen an und bekam dort 6.315 Erst- und 9.894 Zweitstimmen – bundesweit sind das 0,0 Prozent.

Liquidierung im Krisenfall

Rostock, Parchim-Ludwigslust. Am Morgen des 28. August sind vier Wohnungen, unter anderem die eines Polizisten sowie eines Rechtsanwalts und Lokalpolitikers, durchsucht worden. Die Generalbundesanwaltschaft ermittelt gegen die Männer wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat. Sie sollen eine »Todesliste« erstellt haben mit Namen von Menschen, die sie dem linken Spektrum zuordnen. Laut Mitschnitten in einem Chat hatten die Verdächtigen den Plan, die Personen zu töten, sollte es in der Bundesrepublik zum »Zusammenbruch der staatlichen Ordnung« kommen. Das Papier wurde jedoch bei den Razzien nicht gefunden. Die beiden Hauptverdächtigen gehören scheinbar der sogenannten »Prepper«-Szene (siehe Seite 10) an, sie hatten sich mit Vorräten und Munition eingedeckt und besitzen legal Jagdwaffen. In dem Chat tauschten sie sich mit anderen über nach ihrer Ansicht bevorstehende Unruhen aus, die sie aufgrund der Entwicklungen in der Flüchtlingspolitik und der zunehmenden Verarmung erwarten. Der Polizist ist derzeit vom Dienst suspendiert, festgenommen wurde niemand.

AfD hofiert Russlanddeutsche

Magdeburg. Am 12. August hat die »Alternative für Deutschland« (AfD) einen »Russland-Kongress« abgehalten. Rund 250 Menschen folgten der Einladung der AfD-Landtagsfraktion in Magdeburg. Moderiert wurde die Veranstaltung von der »Compact-TV«-Moderatorin Katrin Ziske. Als Redner traten unter anderem André Poggenburg, Jürgen Elsässer und Algis Klimaitis auf, der heute extrem rechte Netzwerke pflegt und früher ein Berater des litauischen Präsidenten war. Sie referierten beispielsweise zu den Themen »Russland als geopolitischer Stabilitätsfaktor« oder »Für ein Europa der Vaterländer von Lissabon bis Wladiwostok«. Anwesende berichten von rassistischen, antisemitischen und neonazistischen Wortbeiträgen. Die AfD bemüht sich um die Gruppe der Russlanddeutschen, unter anderem durch die Ansprache in ihren Medien als auch durch die »Interessengemeinschaft der Russlanddeutschen in der AfD«.

Ein Holocaust-Leugner weniger

Bad Wildbad. Der Holocaust-Leugner Ernst Zündel ist am 5. August im Alter von 78 Jahren gestorben. Zündel galt als fanatischer Anhänger der nationalsozialistischen Ideologie und musste sich wegen antisemitischer Propaganda sowohl in seiner langjährigen Wahlheimat Kanada als auch in Deutschland mehrfach vor Gericht verantworten. In einem Prozess in Toronto im Jahre 1988 bestellte er Fred Leuchter als Zeugen, der in einem »Gutachten« zu dem Schluss gekommen war, es habe in den Gaskammern der Vernichtungslager Auschwitz und Majdanek keine Tötungen von Menschen durch die Nazis gegeben. 2007, nach seiner Ausweisung aus Kanada, wurde er vom Landgericht Mannheim wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu fünf Jahren Haft verurteilt. Nach seiner Entlassung 2010 pflegte er weiterhin enge Kontakte zu extrem rechten Kreisen, so trat er unter anderem als Redner auf Veranstaltungen von »Die Rechte« oder »Freies Netz Süd« auf. Zahlreiche Neonazis von NPD bis »Der III. Weg« bekundeten ihr Beileid. In der Szene gilt der von Zündel initiierte »Leuchter-Report« bis heute als Argumentationsgrundlage für die Leugnung des Holocaust. Darin heißt es, die Juden seien an Typhus gestorben.

Neurechte laden zur Sommerakademie

Schnellroda. Das neurechte »Institut für Staatspolitik« (IfS) und die neurechte Publikation »Sezession« luden für den 15. bis 17. September zu ihrer sogenannten Sommerakademie. Die Sommerakademie fand dieses Jahr zum achtzehnten Mal statt und wurde in den vergangenen Jahren von zahlreichen VertreterInnen extrem rechter Organisationen, beispielsweise der »Identitären Bewegung« besucht. Dieses Jahr stand die Veranstaltung unter dem Titel »Parteienherrschaft«. Unter anderem referierte Henry Nitzsche, der nach seinem Austritt aus der CDU in verschiedenen rechtspopulistischen Organisationen aktiv war. Der extrem rechte Publizist und Jurist Thor von Waldstein und der neurechte Jurist Josef Schüßlburner, der 2006 forderte, das Zeigen des Hakenkreuzes und das Leugnen des Holocausts solle nicht weiter unter Strafe gestellt werden, standen ebenfalls hinter dem Rednerpult. Vorträge gab es auch von Benedikt Kaiser und Erik Lehnert, dem Leiter des IfS. Den 130 TeilnehmerInnen unter 35 Jahren wurde ein Rahmenprogramm mit »Filmabend, Sport und ausreichend Gelegenheit zum Austausch« versprochen.

»Druide« weiterhin in Haft

Karlsruhe. Sieben Monate nach der Festnahme zweier Neonazis, die rassistische Anschläge geplant haben sollen, hat die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung eingestellt. Insgesamt sollen bis zu 18 Neonazis an der »klandestinen Zelle« beteiligt gewesen sein, die Anschläge auf Geflüchtete, Jüdinnen und Juden sowie PolizistInnen geplant haben sollen. Bei bundesweiten Razzien fanden die ErmittlerInnen Sprengstoff, Munition und Waffen. Zwei Männer wurden festgenommen, einer davon wurde inzwischen entlassen. Der Hauptverdächtige, der selbsternannte »Druide« Burghard B., der sich »Burgos von Buchonia« nennt, bleibt wegen anderer Delikte weiterhin in Untersuchungshaft. Er soll über soziale Netzwerke antisemitische Propaganda verbreitet und sich dort auch mit anderen Mitgliedern der mutmaßlichen Terrorzelle koordiniert haben. Inzwischen geht die Bundesanwaltschaft davon aus, dass die Neonazis keine Anschläge begehen, sondern sich auf einen vermuteten »Dritten Weltkrieg« vorbereiten wollten. Wegen Verstößen gegen das Waffengesetz ermitteln jetzt die örtlichen Staatsanwaltschaften.

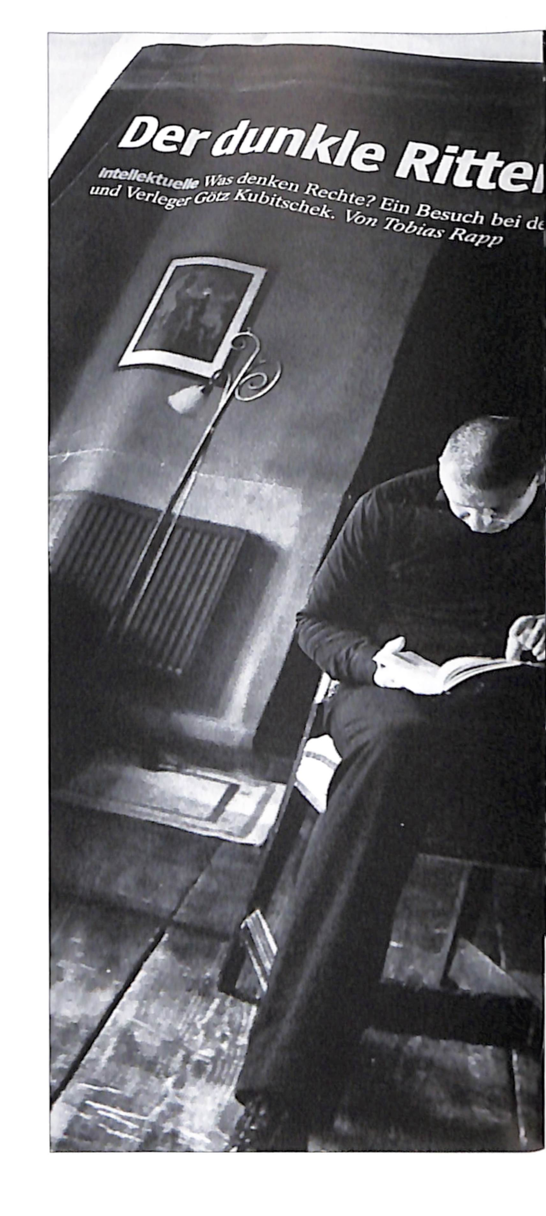
Extrem rechte »Spiele« bei Bundeswehr-Einheit

Stuttgart/Tübingen. Die Bundeswehr hat wegen angeblicher extrem rechter Vorfälle intern Ermittlungen aufgenommen. Während einer Abschiedsfeier für einen Kompaniechef der Eliteeinheit »Kommando Spezialkräfte« (KSK) im April diesen Jahres sollen Soldaten den Hitlergruß gezeigt, mit Schweinsköpfen geworfen und RechtsRock der Band »Sturmwehr« gehört haben. Eine Zeugin berichtete der Presse von den Ereignissen. Auf Medienanfragen bestätigte die Pressestelle der Bundeswehr die Ermittlungen Mitte August. Sollte sich aus den Vernehmungen »strafrechtlich relevantes Verhalten« ergeben, würden die Taten entsprechend geahndet. Bisher war lediglich bestätigt worden, dass unter dem Motto »Römisch-mittelalterliche Spiele« ein Parcours auf der Feier veranstaltet worden war. Nachdem sie aus den Medienberichten von den Vorfällen erfahren hatte, nahm auch die Staatsanwaltschaft Tübingen Ermittlungen auf

Rechte Homestory

Im Journalismus hat sich ein neues Genre etabliert, der Besuch bei Götz und Ellen Kubitschek.

von Charles Paresse


Der dunkle Ritte
Intellektuelle Was denken Rechte? Ein Besuch bei d
und Verleger Götz Kubitschek. Von Tobias Rapp

Waren Sie schon mal in Schnellroda, dort wo »der dunkle Ritter« und die »sympathisch aussehende Publizistin« leben? Vielleicht auf ein Glas selbstgemolkene Ziegenmilch beim Räsonieren über Carl Schmitt oder den kommenden Bürgerkrieg? Haben Sie gesehen, wie der asketische Gutsherr die heimische Scholle bestellt und grüblerisch und weltabgewandt in seinen Büchern versinkt? All das lernen wir aus den Homestorys aus dem Hause Kubitschek, die seit 2011 in Magazinen, Zeitungen und Fernsehsendungen erschienen. Kubitschek, Chef des »Verlag Antaios«, zentrale Figur des »Institut für Staatspolitik« (IfS) und Redakteur der Zeitschrift »Sezession«, fiel aufgrund der bisher mehrheitlichen Anti-Intellektualität der extremen Rechten in der Bundesrepublik der Job zu, »Vordenker« und »wichtigster Intellektueller der Neuen Rechten« (»Der Spiegel«) zu werden. Auch Ellen Kubitschek (»Ellen Kositza«) ist Vielschreiberin der »Neuen Rechten« und Redakteurin der »Sezession«. Götz Kubitscheks verlegerische Kunst besteht vor allem darin, der Szene Relevanz zu organisieren. Manchmal läuft das Geschäft so gut, dass es bis in die Bestseller-Listen reicht. Rolf Peter Sieferles »Finis Germania« war der jüngste Erfolg. Die Rechte verkaufen, das kann Kubitschek.

»Gefährliche Denker«

Die erste Kubitschek-Homestory lief im August 2011 bei »3sat« – das war damals neu. Mit der »Neuen Rechte« beschäftigten sich nur wenige BeobachterInnen. Ihre heutige Bedeutung war undenkbar, bevor es die »Alternative für Deutschland« (AfD) gab. Unter dem Titel »Auf dem Rittergut – Eine Begegnung mit Deutschlands Neuen Rechten« brachte der Sender eine Reportage über »gefährliche Denker« und »das neue Selbstbewusstsein der Rechten«. Ein Anlass, einen Blick auf das Leben des »adrett« daherkommenden und »erfolgreichsten Rechtsintellektuellen« zu werfen, war der zuvor verübte rechte Massenmord in Norwegen durch Anders Breivik. Der Beitrag zeigte schon damals all das, was später auch andere JournalistInnen noch einmal herausfinden wollten: Ein altes Haus irgendwo im Nichts. Streng und asketisch die BewohnerInnen; scheinbar abgeschiedene Einsiedler. Er im bündischen Stil und mit schweren Schuhen, sie mit strengem Zopf. Buchregale, Schreibtische, Möbeln aus dunklem Holz, mystische Bilder, ein mit der Hand schreibender Autor oder gebeugt über ein Buch auf unbequemem Holzstuhl. Nie fehlen darf der Hinweis auf die Kinder mit nordischen Namen. Kubitschek lebe, so heißt es im Kommentar, »das Leben, dass er sich für Deutschland wünscht.« Antimodern und abgewandt, das ist die Inszenierung. Stockend kommen bedeutungsschwere Sätze: »Klar, wir sind rechts«, sagt sie. »Das Deutschland, in dem ich leben möchte, das ist das Land, in dem die Deutschen leben«, sagt er. »Wir sind sehr, sehr konservativ«, behauptet er. »3sat« brach die Selbstinszenierung unter anderem durch die Kommentierung – andere taten es später nicht mehr. Kubitschek wusste um den Werbeeffekt der Sendung, doch er war nur »halb und halb zufrieden«. Die Verknüpfung zum Attentäter Breivik empfand er als »eine Frechheit«. Er jammerte: »Das, was etwa meinen Verlag zu einem besonderen Verlag macht, kam nicht vor (…).«

Das Kuscheltier »Dieter Stein«

Auf dem Höhepunkt rechter Mobilisierungen berichtete »3sat« erneut (9. März 2016). Kubitschek sehe sympathisch aus, sagt die Moderatorin. Mit seiner Frau, einer »ebenso sympathisch aussehenden Publizistin«, lebe er als »Patchwork-Familie auf einem Rittergut«. Und sie weiß zu berichten, dass das Kuscheltier eines der Kinder den Namen »Dieter Stein« trage – so heißt der Chef der neu-rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit«. Egal ob das wahr ist oder exklusiv für »3sat« erfunden wurde, es ist gutes Marketing. Der Bericht zeigt, welche antidemokratischen Positionen die Kubitscheks vertreten. Doch ob es nötig ist, ausführlich zu zeigen, wie »der Kirchgänger« seine dreckigen Stiefel überzieht, die Ziegen melkt und dazwischen Zeit bekommt, sein Denken ausführlich darzulegen, sei dahingestellt. Lange habe man »gesät, lange umgegraben«, nun würden die politischen Themen und das Denken der »Neuen Rechten« fruchtbar, sinniert Kositza bei einer Zigarette in die Kamera des seriösen Senders. Aber mit »Hitlerei« habe man nichts zu tun, behauptet sie. Für die Kubitscheks ist der Bericht pure Werbung: Die selbst gewünschte Inszenierung als der Moderne abgewandte rechte Intellektuelle ohne »Hitlerei«, zusammengeschnitten mit Bildern von Aktionen der »Identitären« und Götz Kubitschek als Redner bei PEGIDA.

»Der dunkle Ritter«

Eine ganze Seite Kubitschek, allein, gebeugt über einem Buch, schwarze Stiefel, schwarze Hose, schwarzes Hemd, raspelkurze Haare, auf einem schweren Holzstuhl auf breiten Holzbohlen, schwarze Holzbalken an der Decke, ein schwerer Vorhang vor der Tür gegen die Kälte. Der Solitär, der Denker. Schon die erste Seite der Reportage im Magazin »Der Spiegel« (51/2016) zeigte, wohin die Reise geht. Und die Überschrift rundet ab: »Der dunkle Ritter«. Hatte Kubitschek hier ein Selbstbildnis geschaffen oder war da noch eine Redaktion am Werk, die Bild und Text montiert hat? Jenseits des »Gebrülls« des Neonazismus habe sich in Deutschland »eine radikal-konservative Kritik der Gesellschaft formiert«, meint Autor Tobias Rapp und dürfte so ziemlich exakt das Selbstbild der »Neuen Rechten« treffen. Beim Abendbrot im Rittergut wurde »miteinander geredet«. E gibt selbst gemachten Apfelsaft und selbst gebackenes Brot. Viele Kinder, Tischspruch und die Kubitscheks siezen sich – die üblichen



Geschichte aus Schnellroda nun auch im »Spiegel«. Im Verlag von Kubitschek erschienen »Sachbücher und Romane«, heißt es neutral. Und es würden »Gedanken aus dem französischen Sprachraum« importiert. Alles, was Kubitschek hier am Abendbrottisch über Völker oder »Schicksalsgemeinschaften« dem Journalisten erzählt hat, lässt sich in den Publikationen des Verlags besser nachlesen. Dort steht es ungeschminkt, dort fehlt das Gefühl, man befinde sich im Lifestyle-Magazin »Landlust«, wie Rapp meint. Dort wird klar, dass die »Neue Rechte« in faschistischer Tradition steht, Rassismus verbreitet und nicht bloß ein bisschen konservativ ist, Bücher liebt und »Kapitalismuskritik« übt.

»Geistiger Führer der Neuen Rechten«

Die Redakteure der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (FAZ, 16. April 2017), Justus Bender und Reinhard Bingener, sind sich sicher: Götz Kubitschek halte »die rechten Fäden in der Hand«. Er sei »geistiger Führer der Neuen Rechten«. Dem zum Cholerischen neigenden Kleinverleger wird Einfluss zugesprochen. Für die Fotos zum Text posieren Ellen und Götz Kubitschek wie gewohnt beim Abendbrot, beim Melken oder vor Bücherwänden. Ernst, grüblerisch, streng. Der »geistige Führer« lasse im Stall »die Ziegenmilch vom Euter in den Kochtopf spritzen, damit seine nach den Helden germanischer Sagen benannten Kinder sie am nächsten Morgen über ihr Müsli schütten können«, finden die Redakteure heraus. Auch was es zum Abendessen gibt, ist wichtig: Selbstgemachter Ziegenkäse, Brot, Wurst, Butter und Bier. Nachdem der Text erschienen war, machte sich Götz Kubitschek im Blog der »Sezession« (18. April 2016) über den Besuch lustig und offenbarte die Inszenierung. Während des Interviews wechselte man vom Balkon in den Ziegenstall, wo Kot an den Gummistiefeln klebt. Das sei »auf ausdrücklichen Wunsch« der Redakteure geschehen, »die das aufgrund des 3sat-Films für schwer authentisch hielten«, höhnt Kubitschek. Und dennoch wurde hier die Selbstinszenierung auch durchbrochen: »Kubitschek sitzt am Kopf des Tisches (...). Seine Rückenlehne ist höher als die seiner Gesprächspartner.« Und der Choleriker tritt hervor: »Kubitschek droht mit Rauswurf. In seinem Haus soll über Deutschland nicht anders als in den Erhabenheitsformeln einer radikalisierten Spätromantik gesprochen werden.« Bender und Bingener nutzen die rechten Schrullen, um Kubitscheks antidemokratischen Kern zu zeigen: »Die altgermanischen Namen seiner Kinder etwa, die Idee der Selbstversorgung, die Beschwörung der Gemeinschaft auf dem Land und seine Verachtung der anonymen Gesellschaft der Städte. Das Siezen der eigenen Ehefrau als Umgestaltung der Gesellschaft bis tief in die Intimität der Familie hinein – hin zu einem ständischen Bewusstsein. Die Frage ist, wie das politische System eines solchen Deutschlands aussähe.«

»Wie im Wendland«

Einen Höhepunkt der Übernahme des neu-rechten Narrativs druckte »Die Zeit« (02. August 2017). Deren Autorin Mariam Lau befand nach ihrem Besuch beim nur »rechtsnationalen Verleger«, hier sei »eigentlich alles wie im Wendland«. Sie fühlte im Haus der Familie »eine verblüffende Vertrautheit«. Ziegen, Hasen und Hühner, »denen sich das Abendbrot verdankt, das Besucher hier bei Kerzenlicht mit der Familie teilen«, die »große Bibliothek« und »aktiver, wenn möglich herrschaftsgefährdender politischer Protest« – so soll es »in den achtziger Jahren in bestimmten Häusern im Wendland gewesen« sein, meint sie. Auf die Idee, dass es es kaum um die Existenz einer Bibliothek an sich, sondern um die Auswahl der Bücher darin geht, kommt sie nicht. Und ob der Protest gegen den Staat von rechts oder von links kommt, was macht das schon? Kubitschek weiß, wie er sich darstellen muss: Die »Neue Rechte« sei ein »Diskussionspartner, der langsam nicht mehr ignoriert werden kann«. »Ökologisch ist, wenn wir im Winter Kraut und Schlachteplatte essen«, erzählt Kubitschek der Journalistin – und die glaubt ihm, dass es ihm um Umweltschutz und nicht um Heimatschutz geht. Wenn er seine Ziegen melke, sei das »Teil seiner großen ‹Absage an die One-World-Ideologie›«, weiß sie. Das »Lob des Regionalen, des Unverstellten, Natürlichen – das alles hat man schon einmal ganz woanders gehört«, meint Lau in Anspielung auf die Grünen und in direkter Adaption der rechten Erzählung. Dass die Motive und Begründungen völlig unterschiedlicher Art sind, wird nicht in Betracht gezogen.

»Das Postergirl der neuen Rechten«

Ob im Rittergut in Schnellroda je ein einziger Ritter lebte, sei dahingestellt – aber es klingt einfach gut. Ob die Familie Kubitschek Selbstversorger ist oder nur, so wie fast alle auf dem Land, ein paar Tomaten und Kartoffeln zieht, wird nicht hinterfragt – die schöne Geschichte von den rechten Aussteigern wäre dahin. Und dass der »dunkle Ritter« bei Licht besehen nur ein hölzerner Demo-Redner, Autor rechter Postillen, Kleinverleger und Choleriker ist, wäre kein Argument für langatmige Portraits. Aber Homestorys sind beliebt. Abgehalfterte Stars und First-Ladies, deren Ehemännern ein positives Image verpasst werden muss, stellen sich dafür gern zur Verfügung. Doch falls es wirklich einmal gelingt, damit Überraschendes ans Licht zu bringen, hatte der oder die Porträtierte vor dem Besuch nicht ordentlich aufgeräumt. Ansonsten ist die Homestory lediglich Teil der Selbstinszenierung von Promis.

Für die »Neue Rechte« haben die bisherigen Homestorys gut funktioniert. Ihr Selbstbild, ihre Bildsprache und Ästhetik wurde wieder und wieder reproduziert. In der ersten Reportage von »Kulturzeit« wurde das deutlich, als ein Video der damals von Kubitschek betriebenen »Konservativ-Subversiven Aktion« eingeblendet wurde: Hier wie dort derselbe Stil, dieselbe Inszenierung. Im Blog »Störungsmelder« machte sich Michael Barthel jüngst Gedanken, wie man »über die Neue Rechte schreiben sollte und wie nicht« (19. Juni 2017). Anlass war der Bericht im Magazin »Der Spiegel« (22/2017) über eine medienaffine Aktivistin der rechten »Identitären« aus Halle. Titel: »Das Postergirl der neuen Rechten«. Etliche Texte über die Szene fielen auf deren »Selbstinszenierung« herein, meint Barthel. Doch der Erkenntnisgewinn tendiert gen Null. Stattdessen wird ein »Resonanzraum geschaffen, in dem es nicht mehr ohne weiteres möglich ist, Fakten oder Einschätzungen zu den Aktivitäten der ‹Neuen Rechten› zu präsentieren ohne das Narrativ der dynamischen Kämpfer für Volk und Vaterland zu bedienen«, kritisiert Barthel. Es ist eine glattgezogene Geschichte der »Neuen Rechten« ohne Brüche. Medien werden »als Vehikel ihrer Inszenierung« eingesetzt. Mit den eigenen Medien wäre diese Verbreitung nie möglich. Doch um sich in den Massenmedien zu präsentieren braucht es Lockmittel. Kuriositäten sind da nur förderlich. Widersprüche im Denken oder im vermeintlichen Musterleben werden nicht gesucht. Dass es auch anders geht, zeigte die »Mitteldeutsche Zeitung« (30. Juni 2016), die einen Auftritt von Kubitschek zur Diskussion von Kritik an seinem Agieren mit Menschen aus seinem Dorf nüchtern als das beschrieb, was er war: »eine Die-Leute-fragen-Götz-Kubitschek-antwortet-Show«. Und in der FAZ machte man sich subtil über den Selbstdarsteller aus Steigra lustig, in dem man seine Inszenierung ins Lächerliche zog: »Wie es die Urahnen taten: Kubitschek am Euter seiner Ziege«. Ob das hilft? Wohl nicht, aber es bedient nicht die Interessen der »Neuen Rechten«.

Überleben ist alles

Auch in Deutschland bereiten sich zunehmend mehr Menschen auf Krisenszenarien vor. Das als »Survivalismus« bezeichnete Phänomen ist eine eigene Subkultur. Ein Teil davon hat inhaltliche und personelle Bezüge zur extremen Rechten.

von Lucius Teidelbaum

Weit verbreitet war Ende der 1990er Jahre die ‹Millenniums-Angst› – die Befürchtung, mit dem Datumswechsel von 1999 zum Jahr 2000 könnten computergesteuerte Anlagen verrückt spielen und es käme dadurch zu einem Zusammenbruch der Zivilisation. Damals legten viele Menschen in Erwartung einer kommenden Katastrophe Notvorräte an. Ähnliche Vorbereitungen auf Krisen gab es vor dem Hintergrund eines drohenden Atomkriegs im Kalten Krieg und während der Ölkrise von 1973. Damals legten vor allem in den USA viele Mittelschichtsfamilien eigene Bunker an. Auch heute gibt es viele Menschen, die sich in ihren privaten Räumen auf eine kommende Katastrophe vorbereiten. Diese Menschen werden als SurvivalistInnen bezeichnet und erwarten Terroranschläge, Atomunfälle, den Finanzcrash, Pandemien oder Bürgerkriege. Sie selbst nennen sich meist »Prepper«, abgeleitet vom Englischen »to be prepared«, zu Deutsch »bereit sein«.

In den USA, dem Mutterland der »Prepper«, soll es laut der Zeitung »Le Monde diplomatique« mindestens drei Millionen »Prepper« geben. Im Magazin »Hinterland« des Flüchtlingsrats Bayern wurde in Deutschland die Zahl der »aktiven Prepper« mit 150.000 bis 200.000 Menschen angegeben. Laut Bastian Blum, Chef der »Prepper Gemeinschaft Deutschland«, soll es in Deutschland sogar fast eine Million »Prepper« geben. Eine besondere Variante sind die »Doomsday-Prepper« oder »Doomer«, die von apokalyptischen Bürgerkriegsszenarien ausgehen und die Selbstbewaffnung propagieren. Ihr Ziel ist eine möglichst weitgehende individuelle Autarkie, um den »Tag X« überstehen zu können. Dafür werden Lebensmittelvorräte angelegt, theoretisches Wissen zum Überleben erlernt und nötige Fähigkeiten trainiert. Ein Teil der Szene will die drohende Katastrophe im eigenen Zuhause überstehen, andere wollen sich mit einem Fluchtrucksack in die Wildnis aufmachen. Neben Waffen, Essens- und Wasservorräten werden auch Edelmetalle als Krisenwährung gehortet (s. drr Nr. 152). Wie jede Subkultur verfügen auch die »Prepper« über eigene Codes. »WTSHTF« steht für den Satz »When the Shit hits the Fan« und meint den Beginn der Katastrophe. »INCH« dient als Abkürzung für »I will never come home« und signalisiert anderen »Preppern« den Gang in die Wildnis. Durch eine offizielle Empfehlung des »Bundesamts für Bevölkerungsschutz« vom August 2016 sahen sich viele »Prepper« in ihren Befürchtungen bestätigt. Das Amt hatte auf seiner Internetseite empfohlen, Vorräte anzulegen, um »14 Tage ohne Einkauf überstehen zu können«.

Die rechte Flanke des Survivalismus

Ein Teil der SurvivalistInnen operiert mit rassistischen Krisenszenarien, in denen ethnische Bürgerkriege prophezeit werden. Kulturpessimismus und Untergangsphantasien hat es in der extremen Rechten schon immer gegeben. Sie waren und sind eine wichtige Motivation für das politische Handeln. Hinzu kommen nicht selten eine elitäre Verachtung der Massen und die Vorstellung von einem apokalyptischen Endkampf. In der Vorstellung des radikal-völkischen Nationalismus ist durch die aktuellen Migrationsbewegungen das ethnisch definierte ‹deutsche Volk› in seiner Existenz bedroht. Es sind jedoch nicht mehr nur neonazistische Parteien und »Kameradschaften«, sondern auch große Teile der PEGIDA-Bewegung oder der »Alternative für Deutschland« (AfD), die von einem drohenden »Volkstod« oder der »Umvolkung« in Deutschland sprechen. Diese Gruppen eint zudem die hinter diesen Begriffen stehende Vorstellung einer homogenen Volksgemeinschaft.

Völkische Krisenreaktion

Auf den angeblichen Zerfall des ‹deutschen Volkes› reagiert die politische Rechte sehr unterschiedlich. Es scheint im wesentlichen drei Optionen zu geben: Eine ist die Modernisierung und Anpassung, wo das ‹Volk› weniger rassistisch als kulturalistisch definiert wird, zum Beispiel im Sinne eines christlichen »Abendlandes«. Diese Vorstellungen lassen die Integration bestimmter Migrationsgruppen zu. Ein anderer Teil reagiert auf die demographischen Veränderungen mit einer Form des Rückzugs. Auf den Verlust der empfundenen ethnischen Homogenität in Westdeutschland und in deutschen Großstädten folgt der Rückzug in den ostdeutschen und ländlichen Raum. Zu beobachten ist der Versuch der Bildung völkischer Siedlungen. Das bekannteste Beispiel sind sicherlich die »Neo-Artamanen« in Mecklenburg-Vorpommern. Die »Artamanen« bildeten zu Zeiten der Weimarer Republik einen radikal-völkischen Siedlungsbund, der 1934 in die »Hitlerjugend« eingegliedert wurde.

Bei den »Reichsbürgern« gibt es mit den »Selbstversorgern« eine Untergruppe, die als Reaktion auf die Krise die Sezession von der Gesellschaft propagiert. Deren AnhängerInnen glauben wie alle »Reichsbürger« an eine Fortexistenz des »Deutschen Reichs« und verweigern dem aktuellen Staat ihre Anerkennung, dessen Institutionen nicht nur delegitimiert, sondern auch boykottiert werden, um möglichst autark zu leben.

Auch Teile der »Anastasia-Bewegung« können zu den »Preppern« gezählt werden. Die aus Russland stammende Bewegung strebt die Gründung von Familienlandsitz-Siedlungen an und steht für eine Verquickung von esoterischem und völkischem Gedankengut. In Deutschland soll es im Jahr 2016 elf solcher Siedlungen gegeben haben, die Zahl der SympathisantInnen ist um ein Vielfaches größer. Die Familien sollen in den Siedlungen separiert voneinander existieren. Aufgrund der Erwartung einer massiven Entsolidarisierung in der Gesellschaft wird trotz des völkischen Nationalismus die Rückbesinnung auf kleinste Solidargemeinschaften wie »Stämme«, »Sippen« oder »Familien« gepredigt.

Die dritte Option folgt der Vorstellung von einem ‹reinigenden› ethnischen Bürgerkrieg, der in größeren Teilen der extremen Rechten ganz sicher erwartet, ja geradezu herbeigesehnt wird. In der neonazistischen Szene ist die Rede vom »Racial Holy War«, die »Neue Rechte« sieht sich bereits in einem »Vorbürgerkrieg«. Einzelne extreme Rechte versuchen einen Bürgerkrieg gezielt herbeizuführen. Die Taten von Anders Breivik in Norwegen oder dem »Nationalsozialistischen Untergrund« müssen auch vor diesem Hintergrund interpretiert werden. Die meisten extrem rechten AnhängerInnen dieser Option überschreiten zwar nicht die Grenze zum Rechtsterrorismus, bereiten sich jedoch auf bewaffnete Auseinandersetzungen vor. Sie gehen davon aus, der Staat werde sein Gewaltmonopol verlieren und man müsse sich daher bewaffnen und verteidigen. So postete beispielsweise in einem Chat der AfD-Sachsen-Anhalt ein Nico Backhaus im März 2017: »Ich beabsichtige privat noch einen Waffenschein zu machen. Heut zu Tage (sic!) rechne ich mit allem …«

Krisengewinner »Kopp Verlag«

Mit solchen rassistischen Bedrohungsszenarien und Krisenängsten versuchen rechte Akteure wie der »Kopp Verlag« kräftig Kasse zu machen. Der Verlag gibt Bücher wie den »Ratgeber Freie Waffen« oder »Selbstverteidigung im Straßenkampf« heraus und vertreibt unter dem Stichwort »Krisenvorsorge« Pfefferspraypistolen, ABC-Schutzanzüge, Saatgutpakete und Elektroschocker. Am 23. April 2016 fand in der Stadthalle in Fürth ein Kongress des Verlags zum Thema »Perfekte Krisenvorsorge« statt. Eine Karte kostete stolze 69 Euro. Als Referent trat der vermeintliche Survival-Experte Lars Konarek aus Freiburg auf. Der Verlag vertreibt Konareks Zeitschrift »Save your life«, ein »Magazin für die Outdoor-Krisenvorsorge«.

Ein viel beachteter Bürgerkriegs-Prophet war der Autor Udo Ulfkotte (1960-2017), der ebenfalls im »Kopp-Verlag« publizierte. In seinem 2009 veröffentlichten Buch »Vorsicht Bürgerkrieg!« empfahl er die Selbstbewaffnung: »Treten Sie in einen Schützenverein ein. Lernen sie den Umgang mit Schusswaffen.« Das Buch erschien mit herausnehmbarer Karte, auf der mit Flammen-Symbolen auf vermeintlich zukünftige Krisengebiete in der Bundesrepublik hingewiesen wurde. Selbst scheinbar harmlose Bücher wie Ulfkottes »Mein Feld, mein Wald, mein Teich« bedienen die Krisenangst. Laut Untertitel handelt es sich um ein »Handbuch für traditionelle Krisenvorsorge«.

Doch der »Kopp Verlag« ist nicht der einzige, der am Geschäft mit der Angst verdient. Per Anzeige ging beispielsweise der Versand »Krisenvorsorge & Selbstversorgung« aus Bad Teinach-Rötenbach in den Zeitungen »Junge Freiheit«, »Die Aula« und »Umwelt&Aktiv« auf Werbetour. Über den inzwischen abgeschalteten Onlineshop »Migrantenschreck« bewaffneten sich rassistische AngstbürgerInnen. Allerdings waren die aus Ungarn versandten Waffen in der Bundesrepublik teilweise illegal und führten zu Hausdurchsuchungen. Auf »PI-News« und »Journalistenwatch.com« warb das »Projekt Finca Bayano« für ein Aussiedlerdorf für Deutsche in Panama. Hinter dem Projekt steht die Firma »Rainforest Invest S. A.« von Achim Wendland und Stefan Mudry. Mudry ist Autor von »PI-News« und bereits im Dezember 2009 nach Panama ausgewandert. Für andere krisenverängstigte Deutsche sind die russisch annektierte Krim oder Ungarn eine Alternative.

Neonazistische Überlebenstrainings

Da Großstädte in postapokalyptischen Szenarien als besonders gefährdet angesehen werden, ist die Stadtflucht häufig zentral in den Planungen der »Prepper«. Um in der ‹Wildnis› überleben zu können, werden Trainingsprogramme bei »Survival-Experten« absolviert. Unter den Trainern befinden sich sowohl ehemalige Soldaten als auch Neonazis. Im Jahr 2007 thematisierte das »Antifa-Infoblatt« Überschneidungen zwischen Nachfolgestrukturen von «Blood & Honour« Niedersachsen und der »Combat & Survival School« (CSS) beziehungeweise »Warrior Survival School« (WSS) im niedersächsischen Munster, in denen drei ehemalige Bundeswehrangehörige als Ausbilder und Trainer aktiv waren. Komplettiert werden solche Angebote durch rechte Facebook-Gruppen. Die Gruppe »Nationaler Selbstversorger« ist laut Selbstdarstellung spezialisiert auf »Selbstversorgung auf völkischer und natürlicher Grundlage«. Jüngst wurde bekannt, dass »Prepper« in Mecklenburg-Vorpommern geplant haben sollen, Linke im Krisenfall festzusetzen und zu erschießen. Hausdurchsuchungen im August 2017 ließen die Verdächtigen allerdings auffliegen.

Praktizierter Sozialdarwinismus

Das rechte Einfallstor im Survivalismus ist, neben den Krisen- und Untergangsängsten, Konkurrenzdenken und daraus resultierendes sozialdarwinistisches Verhalten. Unter rechten wie nicht-rechten »Preppern« wird davon ausgegangen, im Krisenfall die eigenen Ressourcen für sich und Gruppenmitglieder verteidigen zu müssen. Dieser Gruppenegoismus im Kleinen ähnelt dem Gruppenegoismus des völkischen Nationalismus im Großen. Für diesen gilt eine Bevölkerung mit unterschiedlichen Herkunfts- und Religionsgruppen als potenzielle Gefahr für ethnische Bürgerkriege. Krawalle von abgehängten Jugendlichen in Vorstadtsiedlungen von Stockholm und Paris oder die massenhaften sexualisierten Übergriffe in der Kölner Silvesternacht gelten in dieser Perspektive als erste Anzeichen eines ethnisch oder kulturell begründeten Bürgerkriegs.

Autos als Waffen

Nizza, Berlin, London, Barcelona – diese Städte werden mit den vom »Islamischen Staat« inspirierten Massenmorden mit Fahrzeugen verbunden. Neu, wie teilweise behauptet, ist die Methode jedoch nicht: Auch Neonazis haben so wiederholt angegriffen und gemordet.

von Toni Brandes und Ernst Kovahl



^ *»Ihr Juden« brüllt dieser Neonazi am Rande einer antirassistischen Kundgebung in Heidenau aus seinem Auto.*

Spätestens seitdem der »Islamische Staat im Irak und der Levante« (IL) in Syrien und im Irak militärisch unter Druck geraten ist, ruft er verstärkt zu Anschlägen auch im Westen auf. Neben Bomben, Überfällen mit Waffen und Messerattacken, wie in Paris, Manchester und Hamburg werden sogenannte »Vehicleattacks« mit Autos oder Lastwagen propagiert und durchgeführt. Der Vorteil für die Täter liegt auf der Hand: Die Fahrzeuge sind leicht und unauffällig zu beschaffen. Zudem schützen die Fahrzeuge die Fahrer und eröffnen Fluchtmöglichkeiten für die Attentäter. Dass diese trotzdem am Schauplatz des Massakers oder wenig später auf der Flucht sterben, dürfte ihrer kruden Erlösungsvorstellung und -fantasie entsprechen. Die Opfer dagegen werden völlig überraschend und brutal in ihrem Alltag getroffen. Sie werden wahllos Opfer und waren sich bis dahin nicht bewusst, überhaupt als Feind markiert worden zu sein. Die Botschaft: Wir können euch überall und immer treffen. Panik und Verunsicherung sind ein fester Kern von Terror. Das Provozieren des Ausnahmezustands und Heraufbeschwören eines Bürgerkriegs sind ebenfalls Bestandteil dieser Kalkulation.

Keine exklusive Waffe des IS

In der Öffentlichkeit und selbst unter Terrorismus-Experten gelten »Vehicleattacks« als ausschließliches Markenzeichen der Islamisten – zu Unrecht. Entsprechende Aufrufe und Beschreibungen auf islamistischen Websites und in Zeitschriften ab 2010 gelten als Startpunkt. Wiederholt wird darauf hingewiesen, dass das Überfahren von Menschen als Terroraktion nicht neu sei, doch beziehen sich die ExpertInnen dabei fast ausschließlich auf islamistisch motivierte Taten. So warnte beispielsweise Rolf Tophoven, Direktor des »Instituts für Krisenprävention« in Essen, 2015 vor Terror vom Typ »einsamer Wolf« und erwähnte in dem Zusammenhang Auto-Attentate durch Islamisten in Israel. Jüngst, nach den Morden in Barcelona, machte sich die »Süddeutsche Zeitung« auf die Suche nach den Wurzeln der »Vehicleattacks« – und fand neben islamistisch begründeten Taten seit 2006 in den USA, Israel, Großbritannien, Frankreich und Kanada nur das versuchte Attentat 2009 im niederländischen Apeldoorn auf die Königsfamilie, dessen Motiv nicht abschließend geklärt werden konnte. Dieses Attentat beschrieb auch Thomas Riegler vom »Austrian Center for Intelligence, Propaganda and Security Studies« an der Universität Graz auf Twitter als »Erste #vehicleattack« in Westeuropa. Zuvor, in den 1980er und '90er Jahren, sei »mittels Fahrzeugen Sprengstoff ins Ziel manövriert« worden. Und »Die Welt« fragte im Juli 2016 bar jedweder Kenntnis: »Werden Autos vielleicht bald auch bei uns zu schier unkontrollierbaren Waffen?«

Dabei ist der Einsatz von Fahrzeugen weder neu noch eine exklusive Waffe des IS und anderer IslamistInnen – ein Fakt, der in der öffentlichen Debatte gerne übersehen wird. Grund genug für eine Spurensuche, denn auch Neonazis haben wiederholt mit Autos GegnerInnen attackiert und ermordet, auch in der Bundesrepublik. Vor dem Hintergrund der jahrelang übersehenen Taten des »Nationalsozialistischen Untergrunds« und der langen Liste rechter und rassistischer Morde in der Bundesrepublik, deren Anzahl die Behörden und die Bundesregierung bis heute klein rechnen, eine kaum verwunderliche, aber um so drastischere Fehleinschätzung. Selbst der medial breit beachtete und tödliche Angriff eines 20-jährigen Neonazi-Sympathisanten am 12. September 2017 im US-amerikanischen Charlottesville auf eine antifaschistische Demonstration konnte diese Deutung nicht brechen. Am Rande von Protesten gegen ein Treffen von »White Supremacists« fuhr der Mann gezielt mit seinem Auto in eine Gruppe von AntifaschistInnen. Eine Frau starb, zahlreiche andere Menschen wurden schwer verletzt.

Recherchen zeigen eine Reihe von Fällen in der Bundesrepublik, in denen Autos von Rechten als Waffen gegen MigrantInnen, AntifaschistInnen und JournalistInnen eingesetzt wurden. Eine unvollständige Auswahl unterschiedlicher Taten:

- 21. Dezember 1985, Hamburg: Der 26-jährige, aus der Türkei stammende, Ramazan Avcı und seine Begleiter wurden spät abends in Hamburg-Hohenfelde vor einer als Treffpunkt von Neonazis bekannten Kneipe angegriffen. Als sie vor den Neonazis flüchteten, »fliegen ihnen Bierflaschen hinterher, ein Schuss fällt«, schrieb »Der Spiegel« damals. Mit einem Auto verfolgten die Täter, bewaffnet mit Knüppeln, Ketten und Baseball-Schlägern, die Gruppe. Avcı wurde mit dem Wagen angefahren, unter dem Fahrzeug eingeklemmt und bewusstlos geschlagen. Er starb am 24. Dezember an seinen Verletzungen im Krankenhaus. Die Täter waren polizeibekannte rechte Skinheads.

- 27. Dezember 1992, Meerbusch (Nordrhein-Westfalen): Der 20-jährige Sahin Calisir und zwei andere türkischstämmige Männer werden auf der Autobahn 57 bei Meerbusch in Nordrhein-Westfalen von einem polizeibekannten rechten Hooligan mit dem Auto verfolgt und gerammt. Die drei Opfer verließen aus Angst den Wagen. Calisir wurde von einem anderen, vorbeifahrenden Auto erfasst, überfahren und ver-



starb an den Verletzungen. Das Gericht Neuss wollte später kein rassistisches Motiv für die Verfolgung erkennen, der 23-jährige Fahrer des Wagens wurde 1993 wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Straßenverkehrsgefährdung zu 15 Monaten Haft verurteilt. Auch der Beifahrer des Täters hatte Kontakte in die extreme Rechte.

- 26. Mai 1993, Waldeck (Brandenburg): Der 25-jährige deutsch-ägyptische Schauspieler Jeff Dominiak und ein Beifahrer wurden auf der Autobahn von Dresden nach Berlin in der Nähe der Raststätte Waldeck auf einem Motorrad von einem 17-jährigen Neonazi mit einem gestohlenen Auto zweimal gerammt. Der Neonazi folgte dem Motorradfahrer auf die Raststätte und überrollte ihn dort. Der DDR-Jugendfilmstar war wiederholt rassistischen Anfeindungen ausgesetzt. Ob der Täter das Opfer aus seiner Nachbarschaft kannte und erkannte und ihn mit Absicht rammte und überfuhr, konnte vor Gericht nicht zweifelsfrei geklärt werden. Der Täter wurde unter anderem wegen fahrlässiger Tötung zu einer Strafe von zwei Jahren und neun Monaten verurteilt.

- 19. September 1998, Rostock (Mecklenburg-Vorpommern): Etwa 15.000 Menschen demonstrierten gegen einen NPD-Aufmarsch von 3.000 Neonazis kurz vor der Bundestagswahl im Stadtteil Dierkow. Am Rande griffen etwa 60 Neonazis AntifaschistInnen an und verletzten mehrere Menschen. Ein Auto mit Neonazis aus Nordrhein-Westfalen fuhr dort kurz danach mit hoher Geschwindigkeit auf eine nahe Kreuzung zu, hielt mit quietschenden Reifen, wendete und fuhr mit zunehmender Geschwindigkeit weiter. Auf der breiten Straße standen mehrere Personen, ein 28 Jahre alter Antifaschist wurde von dem Wagen frontal erfasst. Der Fahrer fuhr, wie Zeugen berichteten, »mit hohem Tempo, ohne zu bremsen und auszuweichen« gegen ihn und setzte danach die Fahrt mit unverminderter Geschwindigkeit fort. Der Mann wurde über das Auto geschleudert und lebensgefährlich verletzt. Er war erst nach Wochen im Krankenhaus außer Lebensgefahr. Der flüchtige Halter des Fahrzeuges wurde von JournalistInnen an einer Tankstelle gestellt. Anfangs ermittelte eine Mordkommission, später ging es nur noch um die Verursachung eines Unfalls. Mark W. wurde wegen fahrlässiger Körperverletzung verurteilt und musste eine Entschädigung zahlen. Das Opfer leidet bis heute an den Folgen des Angriffs.

- 30. Juni 2000, Rosche (Niedersachsen): Im Sommer 2000 kam es in Rosche im Landkreis Uelzen zu verstärkten rassistischen Übergriffen und Angriffen auf eine Flüchtlingsunterkunft. AntifaschistInnen drängten die Neonazis über Wochen zurück und schützten das Heim. Am 30. Juni 2000 fuhr spät abends ein mit zwei Neonazis aus der Region besetztes Auto mehrmals an einer Gruppe von etwa 15 AntifaschistInnen provozierend vorbei, teils mit hoher Geschwindigkeit. Ein Antifaschist musste sich an einer Bushaltestelle durch einen Sprung zur Seite in Sicherheit bringen, da der Fahrer zu dicht an ihm vorbei fuhr, ein anderer musste an einem FußgängerInnenüberweg zur Seite springen, um nicht überfahren zu werden. Die Polizei ermittelte gegen den Neonazi, das Verfahren wurde eingestellt.

- 31. Juli 2010, Obertrubach-Geschwand, Bayern: Beim »3. Nationalen Frankentag« des »Freien Netz Süd« trafen sich 200 Neonazis. Einige attackierten JournalistInnen und behinderten deren Berichterstattung. Der Fahrer eines mit dem Logo der rassistischen »Artgemeinschaft« beklebten Würzburger PKW fuhr während dessen mit hohem Tempo auf einen Journalisten zu, der sich durch einen Sprung ins Feld retten konnte. Die Polizei weigerte sich eine von ZeugInnen unterstützte Anzeige anzunehmen oder die Fahrzeugspuren zu dokumentieren. Der Fahrer war NPD-Funktionär aus Unterfranken und ehemaliger Polizist. Auch in den Folgejahren setzte er sein Auto als Waffe ein: Weil er bei einer Veranstaltung auf einen Polizisten zufuhr, wurde er zu einer Bewährungsstrafe von drei Monaten verurteilt. Und im Dezember 2015 versucht er mit seinem Auto auf einem Parkplatz »mit 20 bis 30 Stundenkilometern« ein Ehepaar zu überfahren. Das Amtsgericht Würzburg verurteilte ihn 2016 deswegen zu einer Haftstrafe von vier Monaten ohne Bewährung.

- 1. Oktober 2011, Riegel / Freiburg (Baden-Württemberg): Auf einem Parkplatz nahe der Autobahn 5 trafen sich Neonazis auf dem Weg zu einer Veranstaltung der »Kameradschaft Südsturm Baden«. Ein verurteilter ehemaliger Kandidat der NPD und Mitglied einer neonazistischen »Kameradschaft« fuhr mit seinem Auto in eine Gruppe von AntifaschistInnen und verletzte drei von ihnen. Eine Person erlitt ein Schädel-Hirn-Trauma, lag mehrere Tage auf der Intensivstation und leidet auch Jahre später an Folgeschäden der Tat. Zuvor hatte der Neonazi in einem Chat bereits davon schwadroniert, er warte darauf, dass ihn politische GegnerInnen »mal angreifen« und er sie so »endlich mal die Klinge fressen lassen« könne. Und weiter: »Das Schöne daran, es wäre sogar Notwehr! (...) So´ ne Zecke greift an und du ziehst´ n Messer. Die Flachzange klappt zusammen und rührt sich nicht mehr.« Anfang 2014 wurde der Neonazi vom Landgericht Freiburg freigesprochen, da das Gericht nicht ausschließen konnte, dass er in Notwehr gehandelt habe. Obwohl ihm auch eine andere Ausfahrt vom Parkplatz zur Verfügung gestanden hätte, wählte er den Weg in die Gruppe von AntifaschistInnen. Selbst die Staatsanwaltschaft sah das Verhalten »nicht als erforderliche Verteidigungshandlung an«. Das Opfer habe keine Chance gehabt, dem Wagen auszuweichen.

- 7. Januar 2012, Haigerloch / Zollernalbkreis (Baden-Württemberg): Bei einem Volksfest kam es zu Pöbeleien und Rangeleien zwischen Neonazis und anderen BesucherInnen. Den Neonazis war zu verstehen gegeben worden, sie seien bei der Veranstaltung nicht willkommen. Ein 22-jähriger Neonazi stieg daraufhin in sein Auto und fuhr in eine Gruppe von Gästen, erfasste und verletzte drei von ihnen mit seinem Fahrzeug. Er flüchtete, kam dann jedoch an den Tatort zurück – eine »wilde Schlägerei« folgte nach Polizeiangaben. Der Mann gestand die Tat und wurde zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und drei Monaten verurteilt.

- 14./15. April 2017, Cottbus (Brandenburg): Ein 20-jähriger Autofahrer aus Sachsen erfasste mit seinem Fahrzeug in der Nacht die 22-jährige Studentin Shaden M. aus Ägypten. Drei Tage später starb die Frau im Krankenhaus an ihren Verletzungen. Die Polizei ging anfänglich von einem Unfall aus. Doch Aussagen von Zeugen rückten den Vorgang in ein anderes Licht. Denn der Fahrer habe vor dem Zusammenstoß an einer Straßenbahnhaltestelle in der Innenstadt in einer 30er-Zone das Fahrzeug noch beschleunigt. Einer der drei Insassen des Autos habe dann das Opfer und ihre ägyptischen Begleiter rassistisch beschimpft, unter anderem mit dem Satz: »Geht doch in euer Scheißland zurück.« Erst nachdem die Presse diese Darstellungen öffentlich machte, leitete die Staatsanwaltschaft neben Ermittlungen gegen den Autofahrer wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung auch Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung und Beleidigung ein. Der Fahrer und die BeifahrerInnen seien polizeibekannt, teilte die Staatsanwaltschaft mit. Die Ermittlungen zu dem Fall dauern an.

Ein Urteil und dann ein Schlussstrich?

Viel Substantielles ist im NSU-Prozess zwischen April 2017 und Juli 2017 nicht passiert – berichtenswert ist vor allem der Auftritt des Verteidigungsgutachters Prof. Joachim Bauer. Dafür war es dann Ende Juli endlich soweit: Der Vorsitzende Richter Manfred Götzl schloss die Beweisaufnahme, so dass die Plädoyers beginnen konnten. Das Plädoyer der Bundesanwaltschaft bestätigt die Sorgen der Nebenklage vor einer Entpolitisierung des Prozesses.

von Björn Elberling

Beate Zschäpes »AltverteidigerInnen« Wolfgang Heer, Wolfgang Stahl und Anja Sturm mühten sich weiter am Gutachten von Prof. Henning Saß ab – im Ergebnis allerdings erfolglos. Dieser hatte Beate Zschäpe die für eine Sicherungsverwahrung erforderliche Gefährlichkeit attestierte. Demgegenüber versuchten sich die neuen Verteidiger Mathias Grasel und Hermann Borchert mit einem Psycho-Antrag und zauberten einen eigenen Gutachter aus dem Hut: Der Freiburger Professor Joachim Bauer, der breiten Öffentlichkeit vorher weniger als forensischer Psychiater, sondern mehr als Autor populärwissenschaftlicher Bücher zu Themen der Psychologie bekannt, bescheinigte Zschäpe eine »schwere dependente Persönlichkeitsstörung«. Sie sei von Uwe Böhnhardt, der sie zudem vielfach körperlich misshandelt habe, vollkommen abhängig und nicht in der Lage gewesen, sich aus dieser »verschärften Geiselhaft« zu befreien. Dies habe zu einer Einschränkung ihrer Schuldfähigkeit bei allen Taten geführt – wobei unklar ist, welche Taten Bauer meinte, denn nach seiner Auffassung hatte Zschäpe in ihrer Passivität ja eigentlich gar keine begangen.

Grundlage seiner windigen Diagnose waren nicht etwa die Akten des Verfahrens und die Ergebnisse der Beweisaufnahme: Nein, Bauer gab zum einen wieder, was Zschäpe ihm in einigen Gesprächen in der U-Haft mitgeteilt hatte, zum anderen bezog er sich auf wenige, von den beiden Verteidigern ausgewählte Aussagen von Zschäpe nahestehenden ZeugInnen. Beiden Quellen glaubte er blind, nahm Zschäpe sogar Behauptungen ab, die durch die Beweisaufnahme bereits klar widerlegt worden waren.

Obwohl Bauer vor Gericht zudem auf zahlreiche ernsthafte handwerkliche Mängel aufmerksam gemacht wurde, teilte er allen Ernstes mit, er habe da schon ein »sehr, sehr gutes Gutachten« vorgelegt. Schnell wurde klar, dass dieses Gutachten schlicht nichts wert ist und er nichts ist als ein »Leumundszeuge, dem man ein professorales Mäntelchen umgehängt hat« – so die Zusammenfassung des Nebenklagevertreters Eberhard Reinecke.

Nachdem sein peinlicher Auftritt zu kritischen Medienberichten geführt hatte, setzte Bauer dem Ganzen die Krone auf und verglich in einer E-Mail an einen Pressevertreter den Prozess mit einer »Hexenverbrennung« Zschäpes, die ja Spaß machen solle. Er wurde daraufhin von mehreren NebenklagevertreterInnen als befangen abgelehnt – zu Recht, wie das Gericht entschied.

Eigener Psycho-Antrag der Verteidigung Wohllebens

Auf den von der Verteidigung von Zschäpe angestoßenen Psycho-Zug versuchte die Verteidigung von Ralf Wohlleben mit einem eigenen Antrag aufzuspringen. Sie wollte einen Sachverständigen dazu hören, dass Böhnhardt und Mundlos gar nicht aus rassistischen und neonazistischen Beweggründen heraus, sondern aus reiner Mordlust getötet hätten – was natürlich für ihren Mandanten Wohlleben ,der laut Anklage die Mordwaffe der Česká-Serie besorgt hat, überhaupt nicht vorhersehbar gewesen sei. Interessant hieran ist nur, dass sich ausgerechnet die Verteidigung Wohllebens, die ansonsten immer wieder Propaganda im Sinne ihres Mandanten und seiner »Kameraden« gemacht hatte, sich jetzt an einer Entpolitisierung des Verfahrens versuchte. Erfolg hatte sie keinen: Nebenklagevertreter Yavuz Narin wies zu Recht darauf hin, dass genau die Aspekte, auf welche die Verteidigung ihre pseudo-psychiatrische »Diagnose« stützte – Entmenschlichung der Opfer, völliges Fehlen von Empathie, Hang zur »Selbststilisierung bzw. Selbstheroisierung« – schlicht Ausdruck der menschenverachtenden nationalsozialistischen Ideologie sind, der Böhnhardt und Mundlos anhingen. Das Gericht lehnte den Antrag wie erwartet ab.

Ende der Beweisaufnahme und Beginn der Plädoyers

Mit letzten Beweis- und sonstigen Anträgen schaffte es die Verteidigung noch, den Beginn der Plädoyers bis Ende Juli 2017 zu verzögern. Zuletzt ging es in teils unwürdigen Wortgefechten um Anträge der Verteidigung, die Plädoyers der Bundesanwaltschaft aufzuzeichnen – was im Grundsatz sicher wünschenswert wäre, aber im Strafprozessrecht eben einfach nicht vorgesehen ist, so sehr sich auch VerteidigerInnen beschweren mögen, dass sie einfach nicht mitkommen. Zusammen mit anderen NebenklagevertreterInnen zeigten wir übrigens der Verteidigung, dass das alles gar nicht so schwer ist, und veröffentlichten das vollständige Plädoyer der Bundesanwaltschaft in unserem Blog nsu-nebenklage.de.

Nachdem sich das Gericht in den Wochen zuvor teils sehr viel Zeit gelassen hatte, konnte es dann auf einmal nicht schnell genug gehen: Am 18. Juli schloss es die Beweisaufnahme, am 19. Juli sollte die Bundesanwaltschaft ihr Plädoyer beginnen. Der Hinweis verschiedener NebenklagevertreterInnen, ihre MandantInnen könnten sich nicht von einem Tag auf den anderen um Freistellung von der Arbeit, Anreise und Unterkunft kümmern und riskierten daher, den Beginn des Plädoyers zu verpassen, interessierte das Gericht dabei wenig.

Plädoyer der Bundesanwaltschaft

Tatsächlich kamen zum Plädoyer der Bundesanwaltschaft nur wenige Angehörige der Opfer der sogenannten Česká-Mordserie. Die meisten NebenklägerInnen blieben zu Hause, einige explizit mit der Begründung, dass sie sich vom Plädoyer der Bundesanwaltschaft nichts, aber auch gar nichts für eine ernsthafte Aufklärung des NSU-Komplexes erwarteten. Und solcherlei negative Erwartungen bestätigte die Bundesanwaltschaft dann auch.

Bundesanwalt Dr. Herbert Diemer und seine KollegInnen Anette Greger und Jochen Weingarten beantragten die Verurteilung aller fünf Angeklagten wegen aller in der Anklageschrift benannten Delikte. Sie stellten – mal ausführlich und detailliert, mal in einer bloßen Aneinanderreihung von Beweismitteln – dar, dass allen fünf die ihnen vorgeworfenen Taten nachgewiesen worden sind und warum die Versuche der Verteidigung, dies in Zweifel zu ziehen, erfolglos bleiben müssen. Diesem Teil des Plädoyers ist auch in weiten Teilen beizupflichten.

Das Plädoyer endete dann mit recht hohen Strafforderungen für alle Angeklagten: Lebenslang mit besonderer Schwere der Schuld und zusätzlich Sicherungsverwahrung für Beate Zschäpe; zwölf Jahre für Ralf Wohlleben, und auch für die weitgehend geständigen Angeklagten Schultze und Gerlach noch drei Jahre Jugendstrafe beziehungsweise fünf Jahre Freiheitsstrafe. Mit zwölf Jahren fiel der Antrag zum Angeklagten Eminger höher aus als von vielen erwartet, zudem beantragte die Bundesanwalt-



< Mit der Familie Kubaşik versammeln sich rund 500 Menschen an den Gedenkstätte in Dortmund zum Gedenken an Mehmet Kubaşik, der vom NSU 2006 hier ermordet wurde.

schaft den Erlass eines Haftbefehls gegen Eminger, den das Gericht auch antragsgemäß erließ.

… weil nicht sein kann, was nicht sein darf

Gleichzeitig verfolgte die Bundesanwaltschaft indes ihre der Staatsräson verpflichtete These der isolierten NSU-Dreiergruppe bis ins Plädoyer weiter und steigerte diese bis hin zu dreisten Angriffen auf die NebenklägerInnen und ihre AnwältInnen.

So steckte Diemer schon in seiner einleitenden Stellungnahme den Rahmen ab: Anhaltspunkte für eine strafrechtliche Verstrickung von Angehörigen staatlicher Stellen seien nicht aufgetreten, sonst wären sie aufgeklärt worden. Die Ermittlung eines weiteren UnterstützerInnenumfelds habe nicht Aufgabe dieses Prozesses sein können. Anderes zu behaupten, verunsichere die Opfer und die Bevölkerung. Die zahlreichen Hinweise auf V-Leute im näheren Umfeld des NSU, die Übereinstimmung ihrer Taten mit den in der Neonazi-Szene breit kursierenden Anleitungen, das enge Verhältnis zur UnterstützerInnenszene in Jena und Chemnitz, die Hinweise auf ein solches Verhältnis auch in Zwickau, die Kritik des Bundestags-Untersuchungsausschusses an den unzureichenden Ermittlungen – alles, was seiner These widerspricht, ist Diemer zufolge »wie Fliegensummen in den Ohren«.

Seine Kollegin Greger ging dann in ihrem Teil, der sich der Angeklagten Beate Zschäpe und dem NSU als Organisation widmete, ganz zum Angriff über: »Eine Existenz von rechten Hintermännern an den Tatorten, die einige Rechtsanwälte ihren Mandanten offensichtlich versprochen hatten, hat sich bislang weder in den seit sechs Jahren laufenden Ermittlungen und der Hinweisbearbeitung, noch in der 360-tägigen Beweisaufnahme, wo wieder jedem Hinweis darauf nachgegangen wurde (…), noch in den breit angelegten Beweiserhebungen der zahlreichen Untersuchungsausschüsse bewahrheitet.« Dass die Bundesanwaltschaft zu UnterstützerInnen an den Tatorten gar nicht ernsthaft ermittelt hatte, dass Beweisanträgen der Nebenklage hierzu nicht nachgegangen worden war, dass die Untersuchungsausschüsse gerade Zweifel an der These von der isolierten Dreiergruppe geäußert hatten, verschwieg auch sie geflissentlich. Stattdessen versuchte sie, die NebenklagevertreterInnen als wichtigtuerische RechtsanwältInnen auf MandantInnenfang abzutun, auf welche die naiven NebenklägerInnen hereingefallen seien.

Nur noch als geschichtsrevisionistisch lassen sich Gregers Äußerungen zur Zielrichtung der Morde und ihrer gesellschaftlichen Wirkung vor 2011 nennen, wo es unter anderem heißt: »Die Gruppe hat mit ihren Straftaten jahrelang die Bevölkerung terrorisiert. Dass dabei jeder in ihren Fokus geraten konnte, zeigt das sichergestellte Ausspähmaterial. Institutionen, politische Funktionsträger und potentielle Anschlags- und Überfallsziele hat die Gruppe bundesweit ausgespäht und dann katalogisiert.« Das negiert nicht nur die Tatsache, dass die Taten des NSU primär ganz klar rassistisch ausgerichtet waren, sondern ignoriert auch den institutionellen Rassismus in Ermittlungsbehörden und Medien, der dazu führte, dass die Ermittlungen jahrelang gegen die Opfer der Taten des NSU selbst gerichtet wurden, begleitet von passender Medienberichterstattung. Die Anschläge des NSU versetzten – wie geplant – die migrantische Bevölkerung in Angst und Schrecken, während die Mehrheitsbevölkerung und insbesondere die »politischen Funktionsträger« in den Medien rassistisch geprägte Artikel über »Dönermorde« lasen.

Bundesanwalt Dr. Diemer schließlich setzte dem Ganzen mit einer extremismustheoretischen Ausführung der widerlichsten Sorte die Krone auf, indem er das Strafmaß für Ralf Wohlleben unter anderem damit begründete, »in Zeiten des Terrors, … in denen rechts- und linksextreme Gewalt immer deutlichere Konturen annimmt«, müsse ein deutliches Zeichen der Abschreckung gesetzt werden.

Protest und antifaschistische Mobilisierung

So ist es kein Wunder, dass sich die Bundesanwaltschaft Protest für ihre Rolle im Prozess anhören musste: So störten AktivistInnen der Kampagne »NSU-Komplex auflösen« kurzzeitig das Plädoyer und verlasen einige Sätze aus der Anklageschrift des NSU-Tribunals, die im Internet zu lesen ist (www.nsu-tribunal.de/anklage). Zum Tag der Urteilsverkündung, der etwa Ende dieses Jahres erwartet werden kann, mobilisieren antifaschistische Initiativen unter dem Motto »Kein Schlussstrich« zu einer Demonstration in München.

Mehrere NebenklagevertreterInnen verurteilten die Äußerungen der Bundesanwaltschaft als Kampf um »Deutungshoheit über den NSU-Komplex um den Preis von Diffamierung und Irreführung« und forderten die Öffentlichkeit auf, zu den Plädoyers der Nebenklage zahlreich zu erscheinen. Diese werden ab Mitte September beginnen.

Björn Elberling vertritt einen Nebenkläger im Münchner NSU-Verfahren. Zusammen mit Alexander Hoffmann betreibt er das Blog www.nsu-nebenklage.de, auf dem über jeden Prozesstag auf Deutsch, Englisch und Türkisch berichtet wird.

Papiertiger

Der NSU-Untersuchungsausschuss in Nordrhein-Westfalen (NRW) hat im April 2017 seinen Abschlussbericht vorgelegt.

von Kurt Fellen



^ 1000 Menschen fordern 2012 die Auflösung des Verfassungsschutzes bei der Zentrale des VS in Köln

Zweieinhalb Jahre Arbeit, 1.150 Seiten Papier, 75 ZeugInnen, 18 Sachverständige und rund 5.000 ausgewertete Aktenstücke: Eine ordentliche Bilanz konnte der NSU-Untersuchungsausschuss NRW bei seinem Abschluss im April 2017 vorweisen. Inhaltlich bietet das Arbeitsergebnis allerdings wenig Neues; der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz konnte aufatmen.

Kein Strukturversagen festgestellt

Der Ausschuss unter dem Vorsitz von Sven Wolf (SPD), der aus den Fraktionen von SPD, CDU, »Bündnis 90/Die Grünen«, FDP sowie »Piraten« bestand, war mit dem Auftrag gestartet, mögliches Fehlverhalten der nordrhein-westfälischen Sicherheits- und Justizbehörden hinsichtlich der Taten des NSU im Bundesland zu untersuchen. Außerdem sollte er den dreifachen PolizistInnenmord des Neonazis Michael Berger (14. Juni 2000), den Sprengstoffanschlag am S-Bahnhof Düsseldorf-Wehrhahn (27. Juli 2000) und den Tod des V-Mannes »Corelli« (April 2014) beleuchten.

Politische Sprengkraft boten die Themen durchaus: Auf das Konto des NSU ging in NRW unter anderem der Sprengstoffanschlag in der Kölner Keupstraße am 9. Juni 2004; bei den polizeilichen Ermittlungen wurden BewohnerInnen der Keupstraße – insbesondere die teils schwer verletzten Opfer – verdächtigt, mit der Tat zu tun gehabt zu haben. Ähnliches geschah nach dem Mord an Mehmet Kubaşık am 4. April 2006 in Dortmund, als die ErmittlerInnen das Umfeld des Opfers durchleuchteten, ihm Kontakte ins Drogenmilieu und eine Geliebte unterstellten. Nur an wenigen Punkten gelang es dem Ausschuss jedoch, die Ermittlungsmethoden politisch zu kritisieren – strukturelle Missstände bei den Behörden vermochte er nicht zu erkennen. Rassismus suchten und fanden die Abgeordneten vor allem bei den Neonazis, nicht in der Polizei oder der Justiz.

Der Wahrheitsfindung den Garaus gemacht

Ein Blick in den Abschlussbericht zeigt, dass der Darstellung der extremen Rechten in Nordrhein-Westfalen großes Gewicht beigemessen wurde. In den Tatortstädten Köln und Dortmund existierten militante Neonazi-Szenen, die sich, vor allem in Dortmund als äußerst terror- und waffenaffin zeigten. Die Erkenntnisse zu den NSU-Taten unterscheiden sich, außer in ihrer Ausführlichkeit, nicht fundamental von den Ergebnissen des ersten Untersuchungsausschusses des Bundestags. Einzig dass sich ein Kölner Neonazi, dessen Tatbeteiligung bei dem Sprengstoffanschlag in der Kölner Probsteigasse im Dezember 2000 zeitweilig überprüft worden war, als V-Mann des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes entpuppte, hatte Neuigkeitswert – veröffentlicht hatte die Information allerdings die Zeitung »Die Welt« im Juni 2015.

Auch die Untersuchung des Todes von Thomas Richter alias »Corelli«, der sich als V-Mann des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) jahrelang im Umfeld des NSU-Trios bewegte und womöglich schon vor November 2011 von der Existenz des NSU gewusst hatte, brachte keine grundlegend neuen Erkenntnisse hervor. Die Staatsanwaltschaft Paderborn nahm allerdings die Ermittlungen zu den Todesumständen Richters wieder auf, nachdem ein Gutachter im Untersuchungsausschuss ausgesagt hatte, dass ein Fremdverschulden theoretisch möglich gewesen sei. Zutage kam, dass das BfV nicht nur versucht hatte, den Tod Richters unter den Teppich zu kehren – nicht einmal seine Angehörigen wurden informiert –, sondern auch, dass es von parlamentarischer Aufklärung nicht allzu viel hält. Für die im Fall Richter zuständige Abteilungsleiterin Dinchen Büddefeld stellte die Behörde erst keine Aussagegenehmigung für eine öffentliche Vernehmung aus. Erst nach öffentlichem Druck und erneuter Ladung erschien die Zeugin.

Überhaupt litten viele ZeugInnen des Ausschusses, insbesondere MitarbeiterInnen der Verfassungsschutzämter, aber auch der Justiz und der Polizei, an irreparablen »Erinnerungslücken«. Die Wahrheitssuche gestaltete sich für die Abgeordneten mühselig, bisweilen unmöglich. Fast schon höhnisch wirkte es, dass sich dieselben ZeugInnen in anderen, unwichtigen und unverfänglichen Details sehr gut erinnern konnten. Hier zeigten sich die Grenzen der parlamentarischen Aufklärung.

An Grenzen stieß der Ausschuss auch bei den Nachforschungen zu den Verfassungsschutzämtern, nicht zuletzt, weil Informationen zur Praxis des VS der Geheimhaltung unterliegen. So musste sich der Bericht auf verklausulierte Aussagen beschränken, etwa dass in NRW in der Vergangenheit ausstiegswillige Neonazis als V-Personen angeworben wurden oder dass es scheinbar nicht verpflichtete, also inoffizielle V-Personen gegeben habe. Presseberichten zufolge habe das Innenministerium NRW politischen Einfluss genommen, als es kurz vor der Veröffentlichung des Berichts massive Kürzungen durchsetzte, vor allem bei Ausführungen zur Praxis der V-Leute-Führungen.

Ohne Konsequenzen

Die Arbeit des Ausschusses zeigt, dass neben Betroffenheit, Sympathie für die Opfer neonazistischen Terrors und dem Bemühen nach Wahrheitsfindung politischer Wille vorhanden sein muss, den Ergebnissen der Untersuchung auch Konsequenzen folgen zu lassen. Davon war in Düsseldorf wenig zu spüren. Weder setzten die Abgeordneten durch, dass die vorgenommenen Streichungen rückgängig gemacht wurden, noch hatte es für ZeugInnen Konsequenzen, wenn sie die Unwahrheit sagten. Die Handlungsempfehlungen, die der Ausschuss in seinem Bericht veröffentlichte und die vor allem auf besseren Informationsaustausch und Fortbildungen abzielten, taten dem Verfassungsschutz in keiner Weise weh. So entpuppte sich der Untersuchungsausschuss am Ende als zahnloser Tiger.

Neonazis aus zwölf Bundesländern randalieren gemeinsam

Apolda. Am 7. Juli hat der Thüringer Landtag auf eine kleine Anfrage der Fraktion »Die Linke« zu einer gewaltsamen »Spontan-Demonstration« von Neonazis am 1. Mai 2017 in Apolda geantwortet. Daraus ging hervor, dass sich nach einer Neonazi-Versammlung in Halle etwa 350 Personen am Bahnhof Merseburg getrennt hatten: Etwa 250 Neonazis wurden von der Polizei begleitet, 100 Neonazis fuhren ohne Begleitung der Bundespolizei nach Apolda. Dort trafen sie auf weitere Neonazis und veranstalteten eine Spontan-Demonstration, nach deren Abschluss sie »Jugendliche mit Schlagstock, Flaschen, Steinen und PKWs attackierten«. Die Polizei nahm 100 Personen fest, von denen die Hälfte aus elf anderen Bundesländern als Thüringen stammt. Verantwortlich gemacht für die Angriffe wird die Gruppe »Antikapitalistisches Kollektiv« (AAK), die den sogenannten »Autonomen Nationalisten« zugerechnet wird. Die Ermittlungsbehörden schließen das aus Tweets wie »Die Straße gehört uns! Polizei hat Angst« und »Völlige Eskalation in #Apolda«, die über den Twitter-Account der Gruppe zeitgleich abgesetzt wurden. Die Ermittlungen in dem Fall dauern nach Angaben der Behörden noch an.

Ex-NPD-Politiker wegen Wahlfälschung verurteilt

Krefeld. Am 27. Juli hat das Landgericht Krefeld einen ehemaligen NPD-Politiker wegen Wahlfälschung, versuchter WählerInnentäuschung sowie Abgabe von Betäubungsmitteln zu einer einjährigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt. 2014 war er als Bürgermeisterkandidat der extrem rechten Partei in Kempen angetreten und hatte nach Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft Scheinkandidaten aufgestellt und Unterschriften gefälscht. Ein Mitangeklagter wurde wegen Urkundenfälschung zu einer Geldstrafe von 1.200 Euro verurteilt, ein weiterer Mann wurde freigesprochen. Der ehemalige Vorsitzende des Landesvorstands der NPD gab an, die Partei kurz nach der Wahl verlassen zu haben.

»Kommt nach vorne!«

Dresden. Am 14. August ist der Berliner Antifaschist Tim H. nach sechseinhalb Jahren und drei Prozessen vor dem Oberlandesgericht Dresden rechtskräftig freigesprochen worden. Am 19. Februar 2011 soll er eine Polizeikette durchbrochen haben, um den dort stattfindenden Neonazi-Aufmarsch zu stoppen. 2013 wurde er zunächst vom Amtsgericht Dresden wegen Landfriedensbruch verurteilt. Wegen angeblicher »Rädelsführerschaft« sollte er 22 Monate Haft absitzen. Im folgenden Prozess vor dem Landgericht wurde er von den Vorwürfen freigesprochen und lediglich wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von 4.000 Euro verurteilt. Anfang 2017 kam es erneut zum Prozess, bei dem Tim H. freigesprochen wurde. Die Staatsanwaltschaft Dresden ging erneut in Revision, die nun vom Oberlandesgericht verworfen wurde.

»Cato« erschienen

Berlin. Am 8. September 2017 erschien die erste Ausgabe der Zeitschrift »Cato – Magazin für neue Sachlichkeit«. Das neurechte Blatt erscheint künftig alle zwei Monate in der »Cato Verlag GmbH« mit Sitz in der Berliner Fasanenstraße, wo auch die der Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) nahestehende »Bibliothek des Konservatismus« (BdK) residiert. Politisch verortet sich die Zeitschrift im »Umfeld aus Cicero, Tichys Einblick, Weltwoche und Tumult«. Sie stehe für »Seriosität und gesellschaftliche Relevanz« und richte sich an eine »First-Class Leserschaft«.
Chefredakteur ist der frühere Verleger Andreas Lombard (ehemals Krause Landt). Er hatte 2007 den »Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten« von der rechten »Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung« und der JF erhalten. Der neurechte Vordenker der JF und Gildenschafter Karlheinz Weißmann gilt als Initiator des Magazins und wird als einziger ständiger Mitarbeiter im Impressum aufgeführt. Den Anzeigenverkauf übernimmt der »Berliner Medien Vertrieb«, der auch für die JF und die »eigentümlich frei« tätig ist. Die Auflage der ersten Ausgabe, die bundesweit an Kiosken für sechs Euro (künftig 12 Euro) zu haben ist, liegt bei 50.000 Exemplaren. Alleingesellschafter des Verlags ist nach Angaben von Lombard die JF. Eine Anzeige für das Magazin erschien in der konservativen »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«.
Auf gut 100 Seiten erscheinen Artikel zumeist einschlägiger Autoren: Weißmann, Lombard, Josef Kraus, Nicolaus Fest, Martin van Crefeld, Thorsten Hinz und Michael Klonovsky. Auch die meisten Anzeigenkunden sind politisch eindeutig: Der Finanzinvestor Max Otte, die Verlage »Manuscriptum« und »Resch« oder die BdK. Im Vorwort beklagt Lombard »Zensur und Propaganda« und den »freiwilligen Verzicht auf die eigene Identität« in Deutschland. Klagen über »die Eliten«, Kanzlerin Angela Merkel, Angst vor dem Islam und die Flüchtlingspolitik durchziehen das Blatt. Der Versuch, als seriöses konservatives Blatt zu erscheinen scheitert mit der ersten Ausgabe. Das Magazin wird in den Medien durchgängig als rechtsaußen beschrieben.

»Prepper« im Visier

Schwerin. Das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommerns hat am 14. September 2017 angekündigt, eine Kommission zur Einschätzung der »Prepper« zu bilden. Ende August hatte die Generalbundesanwaltschaft in Rostock und weiteren Orten des Bundeslandes Razzien bei sechs Personen durchgeführt, bei denen es sich laut Berichten um eine Mischung aus extremen Rechten, Rechtsterror und »Prepper« handeln soll. Das Innenministerium gestand nun ein, bisher kaum Kenntnisse über die Szene zu haben. Das Spektrum reicht von unpolitischen Menschen, die sich auf mögliche Naturkatastrophen vorbereiten, über VerschwörungstheoretikerInnen und »Reichsbürger« bis hin zu Neonazis (s. Artikel in dieser Ausgabe auf S. 10). Zwei der durchsuchten Personen wird vorgeworfen, schwere staatsgefährdende Straftaten geplant zu haben. Unter anderem wurden Waffen, Munition und Listen mit 5.000 Namen, unter anderem von Linken, gefunden. Es sei geplant gewesen, sie im Krisenfall festzusetzen und zu töten. Die »Alternative für Deutschland« im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern stellte sich vor die Szene und warnte vor einem »Generalverdacht«.



^ *Neonazis marschieren in Berlin mit dem Zitat von Hess »Ich bereue nichts« welchen dieser zum Ende des Nürnberger Prozesses von sich gegeben hatte. Ausserdem fordern sie eine andere Wahrheit über den Selbstmord.*

30 Jahre Hess-Märsche

von Thomas Altdstedt

Nach diversen juristischen Niederlagen und der Auflösung des Familiengrabs in Wunsiedel gab es keine größere Aufmärsche zum Gedenken an Rudolf Hess in den vergangenen Jahren. Die großen Mobilisierungserfolge in Wunsiedel liegen über zehn Jahre zurück. In den letzten Jahren nutzten jedoch »Der III. Weg« und das 2014 verbotene »Freie Netz Süd« den »Volkstrauertag« im November, um in die oberfränkische Kleinstadt zu mobilisieren. Die TeilnehmerInnenzahlen bewegten sich dabei im niedrigen dreistelligen Bereich.

Anlässlich des 30. Todestages des ehemaligen Hitler-Stellvertreters mobilisierte die Neonazi-Szene zum 19. August 2017 wieder zu einem bundesweiten Hess-Marsch. Unter dem Motto »Mord verjährt nicht! Gebt die Akten frei! Recht statt Rache!« formulierte die Szene die seit Jahrzehnten bekannten Verschwörungstheorien und Forderungen, wie sie schon seit dem Suizid des überzeugten Nazis 1987 im Spandauer Gefängnis kolportiert werden. Neben der Erinnerung an die vermeintliche Ermordung wurde die Forderung nach Einsicht in die angeblich unter Verschluss gehaltenen Akten formuliert. Dies natürlich mit der Absicht, »endlich die Aufklärung eines mysteriösen Todesfalls« voran zu bringen. Im Aufruf findet sich daher auch die wenig überraschende Behauptung: »Bis heute ist das Ende von Rudolf Hess nicht zweifelsfrei geklärt.« Mit der nun ablaufenden Verschlussfrist sei es endlich möglich, »diesen Fall mit rechtsstaatlichen Mitteln aufzuarbeiten und abseits der Propaganda aufzuklären«, heißt es im Aufruf weiter. Neben der eigenen Homepage für die Mobilisierung fand sich auf YouTube auch ein Mobilisierungsvideo der Neonazi-Gruppierung »Syndikat 52« aus dem Raum Aachen. »Syndikat 52« versucht, den Leerraum der 2012 verbotenen »Kameradschaft Aachener Land« (KAL) auszufüllen. Passend dazu berichtete der »Tagesspiegel« aus Berlin, der Anmelder sei der in Grevenbroich sesshafte langjährige Neonazi Christian Malcoci. Offiziell tritt die Gruppierung »Syndikat 52« allerdings als Untergruppierung des Kreisverbands Aachen-Heinsberg der Partei »Die Rechte« in Erscheinung und scheint damit auch einem erneuten Verbot eventuell entgegensteuern zu wollen. Neben der Mobilisierung im digitalen Raum wurden bundesweit Aufkleber verschickt, plakatiert und kurz vor dem 19. August mehrere Kundgebungen und Aktionen zum Beispiel in Berlin, Dessau-Roßlau und auch in Dortmund durchgeführt.

Hunderte Neonazis kommen nicht zum Ziel

Am 19. August selbst reisten rund 1.000 Neonazis aus zahlreichen Bundesländern – darunter vor allem Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Thüringen, Sachsen oder auch Sachsen-Anhalt – nach Berlin und führten insgesamt zwei Aufmärsche durch. Auch aus Österreich, Schweden und den Niederlanden kamen Neonazis. Rund 800 marschierten gemeinsam im Stadtteil Berlin-Spandau auf, wurden allerdings an verschiedenen Blockaden durch GegendemonstrantInnen gestoppt und konnten so nicht zum eigentlichen Hauptziel des Aufmarsches gelangen, dem Standort des ehemaligen Gefängnisses, in dem Hess bis 1987 inhaftiert war. Trotz des Verbotes, Rudolf Hess in »Wort, Schrift oder Bild« zu verherrlichen, trug das Fronttransparent den für Hess berühmten Satz »Ich bereue nichts«, den dieser zum Ende des Nürnberger Prozesses von sich gegeben hatte.

Ein Verbot der Veranstaltung wurde aufgrund der schlechten Erfolgsaussichten im Vorfeld nicht angestrebt. Innensenator Andreas Geisel (SPD)



sagte dazu: »Ein Verbot wäre mir sehr sympathisch gewesen, wir haben das sehr sorgfältig geprüft und festgestellt, dass die freiheitlich-demokratische Grundordnung leider auch für Arschlöcher gilt.«
Aufgrund von Brandanschlägen auf Bahnanlagen erreichte eine weitere Gruppe von rund 200 Neonazis vor allem aus Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen den geplanten Aufmarschort in Spandau nicht und führte einen Spontanaufmarsch in Falkensee durch.

Hess – ein Neonazi-Mythos

Die Hochzeiten der neonazistischen Hess-Verehrung haben ihren Zenit längst überschritten. Die Elemente der Erzählungen rund um den Mythos Hess haben sich in den vergangenen Jahrzehnten kaum verändert. Die zentralen Punkte sind nach wie vor sein Flug nach Großbritannien, seine Verurteilung vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg und natürlich sein Selbstmord im Gefängnis. Dabei bietet sich Hess für die Neonazi-Szene besonders als Märtyrer an, weil er bis zu seinem Tod als überzeugter Nationalsozialist galt. Hess wird als der »gute Nationalsozialist« inszeniert, der mit seinem »Friedensflug« nach Großbritannien als Beleg für die deutschen Friedensbemühungen dargestellt wird. Damit hat die Hess-Verehrung im Kern ein geschichtsrevisionistisches Anliegen, welches das nationalsozialistische Deutschland in der Kriegsschuldfrage freisprechen soll.
Die zahlreichen Widersprüche aber werden in der Neonazi-Szene schlicht ignoriert. So sprach ein NSDAP-Radiobeitrag direkt nach Hess' Festnahme in Schottland 1941 davon, dieser habe einen Brief zurückgelassen, der auf »geistige Umnachtung« hindeute. Die anschließende Verurteilung in Nürnberg zu lebenslanger Haft beweist für die Neonazi-Szene außerdem die Unrechtmäßigkeit der Nachkriegsjustiz und damit auch die Grundlage der Bundesrepublik Deutschland. Sein Suizid im Jahr 1987, der als Mord dargestellt wird, vollzieht den letzten Akt der ‹schlüssigen› Gesamtdarstellung des Mythos rund um die Figur Rudolf Hess. Nachdem Hess' Überreste in Wunsiedel im Familiengrab bestattet worden waren, wurde der Ort schnell zum zentralen Erinnerungsort für die extreme Rechte. Bereits kurz nach der Beisetzung fand in Wunsiedel ein erster Gedenkmarsch mit rund 120 TeilnehmerInnen statt. Zwei Jahre später nahmen bereits 1.100 Menschen an einem weiteren Hess-Gedenkmarsch in Wunsiedel teil. Nach dem Verbot der Aufmärsche 1991 fand in Bayreuth ein Aufmarsch mit 1.500 Neonazis statt. Im Laufe der 1990er Jahre nahm der Zuspruch ab.
Erst mit den erneuten Anmeldungen des Neonazi-Anwalts Jürgen Rieger ab 2001 gewannen die Hess-Gedenkmärsche wieder an Dynamik. Rieger setzte erneut Aufmärsche in Wunsiedel durch, an denen 2001 bereits 1.000 Neonazis teilnahmen und 2004 sogar 5.000 der Mobilisierung nach Bayern folgten.
Nach breiten antifaschistischen Protesten vor Ort und einer Änderung des Versammlungsgesetzes wurden die Hess-Gedenkmärsche in Wunsiedel 2005 dann endgültig verboten. 2011 folgte auch die Auflösung des Familiengrabes. Die Hess-Märsche hatten eine zentrale Funktion für die Prägung der neonazistischen Trauermärsche, wie diese später auch in Städten wie Dresden, Bad Nenndorf oder Magdeburg stattfinden sollten und über Jahre zu den größten neonazistischen Veranstaltungen in Deutschland zählten.

Festivals of hate

Mit bislang knapp 8.500 TeilnehmerInnen ist die diesjährige RechtsRock-Open-Air-Saison in Thüringen noch nicht zu Ende. Bei vier Freiluftveranstaltungen im Mai und Juli konnten Neonazis ihre temporären »No-Go-Areas« durchsetzen.

von Kai Budler



Die Reihe der Open-Air RechtsRock-Konzerte in Thüringen wurde wie in den Vorjahren vom »Eichsfeldtag« des NPD-Landesvorsitzenden Thorsten Heise in Leinefelde eröffnet. Angemeldet wurde das RechtsRock-Event von Marco Borrmann, der lange Zeit im niedersächsischen Harz wohnte und als enger Heise-Vertrauter gilt. Der Ordner-Dienst wurde von Neonazis aus Nordthüringen und Südniedersachsen gestellt. Zu den Bands in Leinefelde gehörten »Nahkampf«, »Die Lunikoff Verschwörung« und »Randgruppe Deutsch«. Auch die Schweizer RechtsRock-Band »Amok« stand auf der Bühne, sie war erst zwei Monate zuvor bei dem von einer »Blood&Honour«-Gruppe organisierten Konzert »Night of Terror« im polnischen Grodziszcze aufgetreten. Am Abend nach der Beendigung des »Eichsfeldtages« kam es zu einer rassistischen Gewaltattacke in einem Zug von Leinefelde nach Nordhausen.

»Rock für Deutschland« meldet sich zurück

»Amok« sollte neben »TreueOrden« und »Pugillato« aus Spanien ursprünglich auch auf dem für Juni in Gotha angekündigten »Thüringentag der nationalen Jugend« in Gotha auftreten, doch der Neonazi Marco Zint zog seine Anmeldung zwei Monate vorher zurück. Hingegen meldete sich der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Gera, Gordon Richter, mit seinem »Rock für Deutschland« nach dreijähriger Pause zurück. 2014 war das Open Air vor dem Bahnhof in Gera frühzeitig abgebrochen worden, nachdem eine RechtsRock-Band ein indiziertes Lied angestimmt hatte. Die Bremer RechtsRock-Band »Strafmass« hatte ihren Auftritt kurz zuvor abgesagt. Doch trotz des 1992 gegründeten Headliners »Frontalkraft« aus Cottbus, der mit Hilfe von fünf weiteren Bands das Open Air bestreiten sollte, kamen am 1. Juli nur rund 800 Neonazis zum »Rock für Deutschland«, während 2009 etwa 4.000 Neonazis nach Gera gekommen waren. Neben NPD-Vertretern traten unter anderem auch der als »freier Aktivist« angekündigte Dieter Riefling und Patrick Schröder von FSN TV als Redner auf. Die Kosten für das Open Air betrugen 30 Euro pro Karte, im Vorverkauf kostete das Ticket 25 Euro.

Das erfolgreichste RechtsRock-Open-Air in Thüringen fand in diesem Jahr mit »Rock gegen Überfremdung« am 15. Juli im südthüringischen Themar statt. Vor der Bühne in einem Großraumzelt hoben Neonazis ihre Arme zum Hitlergruß und skandierten hundertfach »Sieg Heil«, wie ein Videomitschnitt beweist. Mit rund 6.000 Personen war das von Tommy Frenck organisierte Event eines der europaweit größten Neonazikonzerte seit langem. Im vergangenen Jahr hatte ein Open Air gleichen Namens mit knapp 500 Neonazis in Kirchheim im Ilmkreis stattgefunden. Dort traten Vertreter von NPD, »Europäischer Aktion«, »Thügida«, »Der III. Weg« und den »Hammerskins« als Redner auf, es spielten die RechtsRockbands »Lunikoff Verschwörung«, »TreueOrden«, »Uwocaust«, »Tätervolk« und »Frontfeuer«. Ein Jahr später fand das RechtsRock-Open-Air im 3.000 Einwohner Ort Themar statt, die Fläche dafür bot der AfD-Funktionär Bodo Dressel, der seine Wiese für »Rock gegen Überfremdung« und ein weiteres Open Air zwei Wochen später zur Verfügung stellte. Nachdem der Pakt öffentlich wurde, trat Dressel auf Druck aus der Partei aus. Die erneute Mischung aus RechtsRock-Bands und mehreren Rednern machte es 2017 möglich, das Event als politische Versammlung nach dem Versammlungsgesetz anzumelden.

Ordnerdienst mit Wurzeln in »Hammerskins« und »Blood&Honour«

Zum Ordnerdienst gehörte die Gruppierung »Turonen/Garde 20«, die für die Durchführung des ersten Aufgusses des Konzertes am 20. August 2016 in Kirchheim gesorgt hatte. Seit Ende 2015 tritt die Gruppe offen auf, deren Wurzeln teilweise bis ins »Blood&Honour«- und »Hammerskins«-Netzwerk reichen. Viele Mitglieder sind bereits gerichtsbekannt und in knapp 20 Delikten in Erscheinung getreten, unter anderem Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, gefährliche Körperverletzung und Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und gegen das Sprengstoffgesetz. Unter den »Turonen« befinden sich auch Neonazis, die im Mai 2017 im »Ballstädt-Prozess« zu Haftstrafen zwischen zwei Jahren und zwei Monaten bis hin zu drei Jahren und sechs Monaten verurteilt wurden. Die Richter sahen es als erwiesen an, dass die Neonazis im Februar 2014 die Feier einer Kirmesgesellschaft im thürigischen Ballstädt überfallen hatten. Dabei wurden zehn Menschen verletzt, einige davon schwer. Auch Neonazis aus anderen Bundesländern gehörten dem rund 200-köpfigen Ordner-Team in Themar an, die teilweise ebenfalls aus Strukturen wie »Hammerskins« und »Blood & Honour« stammten.

Hundertfach »Sieg Heil«

Als Bands spielten die RechtsRock-Formationen »Stahlgewitter«, »Lunikoff Verschwörung«, »Sleipnir«, »TreueOrden«, »Uwocaust«, »Flak« und »Division Germania«. Die Band »Blutzeugen« hatte in Themar einen Bonusauftritt, während dessen der Sänger »Sieg Heil« ins Mikrofon skandierte und eine Vielzahl der Neonazis mit Hitlergrüßen, »Sieg Heil« beziehungsweise »Heil«-Rufen reagierte.

Bei einem Preis von 35 Euro pro Ticket dürfte das Open Air »Rock gegen Überfremdung« in Themar eine Goldgrube für seine Organisatoren gewesen sein. Schätzungsweise gingen allein für die Eintrittsgelder knapp 200.000 Euro auf das Konto des Neonazis Maximilian Warstat ein, der sowohl den »Turonen« als auch der Gruppierung »Anti-Antifa Ostthüringen« angehört. Zu ihr gehört auch David Henlein, auf dessen Konto die Eintrittsgelder für den ersten Teil des Open Airs 2016 geflossen waren. Auf Henleins Konto waren auch die Gelder für das RechtsRockkonzert in Unterwasser in der Schweiz mit rund 5.000 Neonazis gesammelt worden.



Das Recherche-Portal »Thüringen rechtsaußen« schätzt: »Abzüglich der Kosten für Anmietung von Toiletten, Bühnen, Getränke und Verpflegung, Briefmarken für den Ticketversand, Honorare und Fahrtkosten für Bands können die Veranstalter am 15. Juli 2017 so zwischen 100.000 Euro und 200.000 Euro Gewinn erzielt haben.« Mit der Beteiligung von Neonazis aus Strukturen, die sich sonst teils gegeneinander abgrenzen, gelang es Organisator Tommy Frenck, BesucherInnen aus unterschiedlichen Lagern zu seinem Konzert zu holen. Dass dieser Burgfrieden aber sehr fragil ist, zeigt die Kritik von Vertretern der Partei »Der III. Weg«, die von Frenck und den »Turonen« explizit eingeladen worden waren.

Kritik an Kommerz-Veranstaltung

In einem anschließend veröffentlichten Beitrag des »Stützpunkts Thüringer Wald/Ost« der Partei wird vor allem der Kommerzcharakter kritisiert. Dort heißt es, das Konzert sollte »jeden halbwegs intelligenten Menschen mit einem Schaudern erfüllt haben« und die TeilnehmerInnen werden als »mehrheitlich nur Konsum- und Szenezombies« bezeichnet. »Das Spektakel in Themar hat nur deutlich aufgezeigt, mit welchem Menschenmaterial wir es zu tun haben. Man musste sich für sehr viele Besucher dieser Veranstaltung schämen. (…) Mit Politik haben diese ‹Events› nicht im Geringsten etwas zu tun. (…) Am besagten Sonnabend und den unzähligen anderen Wochenenden, an denen ebenfalls derartige Musikveranstaltungen stattfinden, ging es den meisten nur darum, ihren Drang nach Spaß und Konsum zu befriedigen.« Kritik, die sich auch gegen Vertreter der eigenen Partei richtet, denn für den zweiten Parteistützpunkt in Ostthüringen nahm dessen stellvertretender Leiter Nico Metze teil, der mit dem im NSU-Prozess angeklagten André Eminger nach Themar reiste. Besonders in den sozialen Netzwerken häufte sich die Kritik, die Verwendung der Gelder sei undurchsichtig. Ein Teilnehmer des Ordnerdienstes entgegnet bei Facebook: »Die Kommerzialisierung der Musikszene hat aber nunmal auch seine guten Seiten, dieses Klientel muss auch bedient werden, um eben jene Kassen zu füllen, die für Infrastrukturen usw. benötigt werden. Wer will es denn sonst finanzieren? Sie sind Mittel zum Zweck und sollten auch als solches gesehen werden. Die Verantwortung liegt somit bei den Veranstaltern. Wer in die eigene Tasche wirtschaftet, sei es durch nen Szeneversand, Konzerte usw., um sich damit einen luxuriösen Lebensstandard zu finanzieren, ist ein Arschloch! Die Kohle hat zum größten Teil wieder zurückzukommen! Und ich rede vom größten Teil, und nicht irgendwelchen Alibi-Zahlungen, wo trotzdem 90 Prozent in die nächste fette Karre investiert werden.«

Patrick Schröder gegen Makss Damage

Auf demselben Grundstück in Themar fand zwei Wochen später bereits das nächste RechtsRock-Open-Air statt, dieses Mal vom »FSN TV«- und »Ansgar Aryan«-Betreiber Patrick Schröder mit dem Titel »Rock für Identität« für 750 Personen angemeldet. Tatsächlich kamen am 29. Juli rund 1.000 Neonazis nach Themar, um sich für 30 Euro die RechtsRockbands »Phönix«, »Sturmwehr«, »Frontalkraft«, »Faust« und »Blutlinie« anzuschauen. Die vorher angekündigte »Überraschungsband« entpuppte sich als »Sköll Dagaz« aus Thüringen, die nach einer achtjährigen Pause jüngst ein neues Album bei »Patriotic Store« veröffentlicht haben. Die Liste der RednerInnen war ähnlich wie zwei Wochen vorher der Versuch, unter dem Motto »Sturm auf Themar« Neonazis aus unterschiedlichen Spektren auf die Bühne zu bringen. Und genauso wie beim RechtsRock-Open-Air von Tommy Frenck gab es auch heftige Kritik an dem von Schröder angemeldeten Event. Kurz vor dem Konzert kritisierte der Neonazi-Rapper »Makss Damage« (Julian Fritsch) im Netz, dass Schröder »nachweislich Kameraden bei der Polizei verpfeift«. Es gehe dem Organisator nicht um »Gemeinsamen Kampf für Deutschland, (…) sondern um die Erweiterung seines Geschäftsfeldes und seiner Absatzmärkte, mit denen er regelmäßig ungeheure Geldsummen verdient. Ihm geht es nicht um eine gesunde(!) Reformierung der Bewegung, sondern um die noch unerschlossenen Marktlücken im grade frisch entstehenden neurechten Musik- und Konzertsektor«. Auf Unverständnis stieß auch die im Vergleich zum Event zwei Wochen vorher doppelt so hohe Zahl der Verkaufsstände auf dem Gelände. Ein Neonazi postet daraufhin bei Facebook: »Hmm, so viele Verkaufsstände auf einer politischen Kundgebung!?! Da ist es ja schon offensichtlich, worum es dem Hr. Schröder wirklich geht! Geld! Geld! Geld! Aber nicht um die Bewegung voran zu bringen! Kapitalisten Sekten Scheiss!« Auch nach dem Konzert sparte der Neonazi-Rapper Fritsch nicht mit Kritik und veröffentlichte bei YouTube den Song »FCK F$N«, in dem er Schröder und seinem Co-Moderator Daniel Franz Verrat an der »nationalen Bewegung« vorwirft. Schröder habe die Gästeliste eines seiner Konzerte an den Staatsschutz weitergeleitet, Franz habe bereits in der Silvesternacht 2009/2010 mit Aussagen bei der Polizei einen seiner »Kameraden« schwer belastet.

Die massive Kritik zeigt zwar die aktuelle Diskussion bei Neonazis über ihre Subkultur, Schröder und Frenck aber dürfte sie nicht geschadet haben. Frenck kündigte noch in diesem Jahr eine »Kundgebung in Themar mit Rednern und Fußballturnier« an. Schröder meldete für den 28. Oktober eine »Kundgebung« mit dem Titel »Rock gegen links« in Themar an. Auf dem Flyer werden gleich acht RechtsRock-Bands angekündigt, darunter die australische Band »Fortress« und »Confident of Victory« aus Brandenburg, die beide aus dem Hammerskins-Netzwerk stammen. Auf der Bandliste für den 28. Oktober stehen außerdem: »Frontalkraft«, »Oidoxie« aus Dortmund, »Projekt Chaos«, »Hausmannskost« aus dem westfälischen Hamm, »Germanium« und erneut »Sköll Dagaz«.

Risse ins Gebilde rechter Lebenswelten

Mit der Broschüre »Versteckspiel – Lifestyle, Symbole und Codes von Neonazis und extrem Rechten« – aktuell in der 14. Auflage – hat der Verein »Agentur für soziale Perspektiven« (ASP) sehr erfolgreich dazu beigetragen, die rechte Symbolwelt verständlich zu machen. Seit einigen Jahren arbeitet die ASP an einem Projekt zum Thema »Grauzonen - rechte Lebenswelten in Musikkulturen und im Sport«. Über die Ziele und Vorhaben des Projekts sprach Sascha Schmidt für »der rechte rand« mit Michael Weiss von der ASP.

drr: Was versteht ihr unter dem Begriff »Grauzone« und was waren die Beweggründe sich diesem Thema zu widmen?

Michael Weiss: Es gab mehrere Beweggründe. Einerseits populäre Bands wie »Frei.Wild«, die mit völkisch-nationalistischen Positionen auftreten. Andererseits die Beliebigkeit, die in so manchen Zentren herrscht, die sich als »gegen rechts« verstehen, beispielsweise in der Auswahl der Bands. Das plakative Bekenntnis »Gegen Nazis« dient Bands und VeranstalterInnen zunehmend als Schutzmantel, unter dem man reaktionäre Männlichkeitsideale, unverblümten Sozialchauvinismus und autoritäre Gesellschaftskonzepte propagiert oder diesen zumindest Raum gibt. Zu lange hat sich antifaschistische Kritik darauf fokussiert, die eindeutigsten Zitate vorzuführen und anhand von Facebook-Bildern skandalisieren zu wollen, wie angeblich nicht rechte Personen zusammen mit Neonazis feiern. Wir wollten es aber genau wissen: Was führt die verschiedenen Spektren und Leute eigentlich zusammen, was sind deren gemeinsame Nenner? Wir haben uns angesehen, was die zentralen Bezugspunkte in den rechten Lebenswelten sind und wie diese dort besetzt sind, zum Beispiel Heimat, Ehre oder Tradition.

Vom Begriff »Grauzonen« haben wir uns schnell verabschiedet. Er verwässert mehr als er erklärt. Das vermeintlich Uneindeutige, das der Begriff »Grauzonen« suggeriert, ist vielfach als rechts einzuordnen. Doch es ist keine stringente Ideologie, sondern ein System von Normen, Werten und Verhaltensweisen, das von vielen Menschen als »ganz natürlich« und keinesfalls als politisch verstanden wird. Der Begriff »Rechte Lebenswelten« ist präziser. Und sehr vieles, was wir seit 2010 in den rechten Lebenswelten in Musik- und Fußballkulturen analysieren, lässt sich ebenso in der PEGIDA-Bewegung erkennen.

Ihr habt zu diesem Thema zwei Broschüren, einen Bildungsordner und eine Ausstellung erstellt. Was sind eure Zielgruppen und wie setzt ihr eure Bildungsarbeit um?

Natürlich ist es unser Ziel, ein breites Spektrum zu erreichen und nicht nur eine akademische Linke, die für diese Diskussion offen ist. Wir stehen vor der Herausforderung, einerseits wissenschaftlich arbeiten zu müssen und zugleich Spektren erreichen zu wollen, die alles ablehnen, was sie für intellektuelles und »kulturfremdes« Geschwätz halten. Wie weit uns diese Gratwanderung gelingt, müssen andere entscheiden. Wir wenden uns mit Seminaren und Veranstaltungen zum Beispiel an MitarbeiterInnen und BesucherInnen von kulturellen Zentren oder Fußballfanprojekten. Wir erreichen jedoch in großer Mehrheit Menschen, die dafür schon ein Problembewusstsein haben.

Wie wird euer Projekt in den doch sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus, wie Sportvereinen und den unterschiedlichen Musikszenen, angenommen und welche Erfahrungen konntet ihr sammeln?

Es ist keineswegs so, dass wir in unseren eigenen kulturellen und politischen Kreisen damit nur offene Türen einrennen. Manche Orte und Personen der »Kulturlinken« begegnen uns mit demonstrativer Ignoranz und Ablehnung. Sicher auch deshalb, weil wir einzelne kommerziell einträgliche Bands, beispielsweise aus dem Hardcore-Bereich, massiv kritisieren. Dagegen haben wir von Institutionen, die uns bis dato unbekannt gewesen waren, wie zum Beispiel vom Verband für Popkultur in Bayern, viel Interesse und Zuspruch erfahren. Ende 2016 haben wir eine 180-seitige Broschüre über »Rechte Lebenswelten in Fußballfankulturen« herausgegeben, die von der Deutschen Fußball Liga gefördert wurde und demnächst als Buch erscheinen soll. Auch dort ist das Problem angekommen.

Hattet ihr während eurer Seminare auch Kontakt mit rechten oder rechtsaffinen Jugendlichen? Wenn ja, wie verhalten sich diese in euren Seminaren und wie geht ihr damit um?

Manche Einrichtungen laden uns zu Veranstaltungen ein, weil sie Diskussionen um beziehungsweise mit BesucherInnen aus der sogenannten Grauzone im Haus haben. Dann passiert es schon mal, dass da zwei Stuhlreihen »Frei.Wild«- oder »Krawallbrüder«-Fans sitzen, die sich zu Unrecht als rechts dargestellt fühlen. Auf diese Leute gehen wir natürlich ein und es hat bisher noch keinen großen Eklat gegeben. Wir versuchen so wenig wie möglich moralisch zu appellieren und vermeiden es, ihnen das Rechts-sein quasi anzutragen. Stattdessen diskutieren wir mit ihnen beispielsweise über ihr meist bizarres Verständnis von Meinungsfreiheit, das meint, dass ihr Umgang mit KritikerInnen oft selbst den Wunsch nach Zensur formuliert und sie zugleich für sich selbst einfordern, immer und überall austeilen zu dürfen, ohne dafür Kritik und Konsequenzen zu erfahren. Dann zeigt sich schnell: Darüber haben sich viele von ihnen noch keinen einzigen Gedanken gemacht. Wir versuchen, sie an ihren offensichtlichsten Widersprüchen zu packen. Die rechte Lebenswelt ist ein konsistentes Gebilde, in dem das eine das andere bedingt und erzeugt. Wenn wir Menschen dazu kriegen, ein Element davon in Frage zu stellen, dann kriegt dieses Gebilde erste Risse. Erst dann sind sie viel eher bereit, auch andere Elemente kritisch zu sehen.

Vielen Dank und weiterhin viel Erfolg bei eurer Arbeit!

Informationen über das »Grauzonen«-Projekt finden sich unter: https://aspberlin.de/projekte/grauzonen.html

»Identitäre« instrumentalisieren Terroranschlag

Barcelona (Spanien). Rund 20 extrem rechte DemonstrantInnen der »Identitären Bewegung« haben den Terroranschlag von Barcelona vom 17. August zum Anlass genommen, um antimuslimische Hetze zu verbreiten. Sie versperrten die Stelle der Straße »Las Ramblas«, an welcher der Lieferwagen der Terroristen eingebogen war und 13 Menschen tötete. Laut Berichten von AugenzeugInnen hielten sie Pappkartons, Banner und Fahnen mit dem Lambda-Zeichen und Slogans wie »Stop Islamization« und »Defend Europe« in die Höhe. Dabei skandierten sie Parolen wie »Wir wollen keine Muslime hier!«. Etwa 200 PassantInnen stellten sich ihnen in den Weg und hinderten sie daran, die Straße entlang zu marschieren. Vor dem Eintreffen der Polizei kam es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen den GegendemonstrantInnen und den »Identitären«, die sich daraufhin zurückzogen.

40.000 demonstrieren gegen Nationalismus

Boston (USA). Am 19. August haben 40.000 Menschen gegen eine »Free Speech Rally« demonstriert. Es wurde bereits im Vorfeld vermutet, dass die angebliche Demonstration für die freie Meinungsäußerung vor allem an VertreterInnen extrem rechter Organisationen gerichtet war, die sich auf die Ereignisse in Charlottesville, eine Woche zuvor, beziehen würden. Dort war eine Demonstration von extrem rechten »Alt-Right«- und »Ku-Klux-Klan«-AnhängerInnen eskaliert. Ein Anhänger der Rechten raste mit seinem Auto in die Menge, tötete eine Gegendemonstrantin und verletzte mehrere Personen. Die Kundgebung in Boston löste sich nach kurzer Zeit auf. Auch in anderen Städten wie Dallas, Atlanta, New Orleans und Austin wurde gegen die nationalistische Bewegung und die verharmlosenden Äußerungen von Präsident Donald Trump protestiert.

Wahl in Norwegen

Oslo (Norwegen). Nach der Parlamentswahl in Norwegen am 10. und 11. September 2017 kann die bisherige Koalition der konservativen Partei (»Høyre«) unter ihrer Regierungschefin Erna Solberg mit der rechtspopulistischen »Fremskrittspartiet« (FrP, »Fortschrittspartei«) zumindest rechnerisch fortgesetzt werden (s. drr Nr. 145). Die 2013 gebildete Minderheitsregierung wurde von der christdemokratischen und der liberalen Partei gestützt. Die rechtspopulistische FrP erhielt bei den jüngsten Wahlen 15,2 Prozent der Stimmen und 27 Sitze im Parlament, das ist ein leichter Verlust von 1,1-Prozentpunkten und einem Parlamentssitz. Die Partei besetzte sieben von 18 Ministerposten, darunter auch die Zuständigkeit für Einwanderung und Integration. Um die FrP unter dem Vorsitz von Siv Jensen erneut für eine Koalition gewinnen zu können, werden die Konservativen voraussichtlich weitere politische Konzessionen an die Rechtspartei machen müssen.

Rechter Terror

London (Großbritannien). Am 5. September sind im Rahmen einer Razzia fünf Neonazis wegen Terrorverdachts festgenommen worden. Dem internationalen Hörfunksender BBC zufolge sind vier der Verdächtigten bei der britischen Armee beschäftigt. Dies bestätigte das Verteidigungsministerium. Die Männer sind zwischen 22 und 32 Jahre alt, kommen aus England und Wales, wie die Polizei von West Midlands mitteilte. Den Neonazis wird vorgeworfen, der neonazistischen Jugendorganisation »Nationale Aktion« (»National Action«) angehört und Terrorhandlungen geplant zu haben. Nähere Informationen zu den Vorwürfen gibt es bisher nicht. Die sich selbst als »nationalsozialistische Jugendorganisation« bezeichnende Gruppierung wurde aufgrund rassistischer, homophober und antisemitischer Äußerungen im Dezember 2016 verboten. Eine Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation kann mit einer Gefängnisstrafe von bis zu zehn Jahren geahndet werden. Zum damaligen Zeitpunkt gehörten der Organisation ungefähr 100 Personen an.
Unter anderem haben die Neonazis die Ermordung der britischen Labour-Abgeordneten Jo Cox gelobt. Die EU-Befürworterin wurde eine Woche vor der Brexit-Abstimmung von dem Neonazi Thomas Mair am 16. Juni 2016 ermordet.

Italien: Verbot faschistischer Symbole

Rom (Italien). Das italienische Parlament hat Mitte September auf Initiative der »Partito Democratico« beschlossen, faschistische und nationalsozialistische Symbole zu verbieten, wenn sie zu Propagandazwecken gezeigt werden. Den Antrag hatten die Abgeordneten bereits Anfang 2016 eingereicht. Damit soll »der Rückkehr der rechtsextremen Ideologie ein Ende bereitet« werden, heißt es. 261 Abgeordnete stimmten für das neue Gesetz, 122 dagegen. Künftig drohen nun Freiheitsstrafen zwischen sechs Monaten und zwei Jahren. Das Gesetz ist noch nicht in Kraft, da es noch den Senat passieren muss. Wenn die Symbole in Medien und dem Internet gezeigt werden, sollen die Strafen härter ausfallen. Gegenwind kommt von den Parteien »Forza Italia«, »Lega Nord«, »Movimento Nazionale per la Sovranità« und »Movimento 5 Stelle«. Bisher war das Zeigen entsprechender Symbole in Italien legal und durchaus verbreitet

»White Power« im Aufwind

In den USA befinden sich Ideologien »weißer Vorherrschaft« im Aufwind. Die Umsetzung der Wahlversprechen des neuen Präsidenten Donald Trump geht mit einer Zunahme rassistisch motivierter Übergriffe und Aufmärsche einher.

von Carl Kinsky

Auch wenn etliche »white supremacists« – die AnhängerInnen einer »weißen Vorherrschaft« – und andere extrem Rechte den derzeitigen Präsidenten Donald Trump noch während seines Wahlkampfs unterstützten und ihn als vermeintlichen Heilsbringer ausriefen (s. drr Nr. 161 & 164), wendeten sich einige bereits seit seiner Vereidigung von ihm ab. Trumps Kandidatur nutzten sie, um gezielt bei seinen UnterstützerInnen für sich zu werben. Nun versuchen sie, diese Strategie weiterzuführen und sich zeitgleich als einzige legitime Vertretung eines »weißen Amerikas« abzugrenzen, um die wachsende Bewegung auszubauen. Flankiert wird die Mobilisierung von rechter bis extrem rechter Regierungspolitik.

Abgrenzung und Selbstinszenierung

Bereits im Wahlkampf grenzten sich Neonazis wie Matthew Heimbach, Anführer der »Traditionalist Worker Party« (»Traditionalistische Arbeiterpartei«, TWP), am Rande von Trumps Veranstaltungen von ihm ab, da er noch Teil des »Systems« sei (s. drr Nr. 164). In der neonazistischen Lesart lautet der Hauptvorwurf, dass Trump sich als Handlanger der imaginierten »jüdischen Weltverschwörung« entpuppen könnte.

Der prominente »white supremacist« und ehemalige »Grand Wizard« einer Klan-Gruppe namens »Knights of the Ku Klux Klan« David Duke hielt eine entsprechende Tirade gegen Trump während einer Ausgabe seiner in den USA und Europa ausgestrahlten Internetradiosendung im April. Grund für die Erregung war der US-Luftschlag gegen einen Luftwaffenstützpunkt in Syrien. Duke warf Trump vor, Handlanger des »zionist occupied government« (»zionistisch besetzte Regierung«, ZOG) zu sein und von seinem jüdischen Schwiegersohn und Berater, Jared Kushner, kontrolliert zu werden. Dabei stützte er sich auf die antisemitische Verschwörungstheorie, wonach »die Zionisten«, beziehungsweise »die Juden«, hinter islamistischen Terrororganisationen wie dem »Islamischen Staat« stünden. Durch deren Terror solle eine weltweite Migrationsbewegung mit dem Ziel ausgelöst werden, den Untergang der »Weißen« durch eine »Vermischung der Rassen« herbeizuführen. Anschließend würden die »Zionisten« oder »Juden« die Kontrolle über den Globus an sich reißen. Hier zeigt sich, wie eng der klassische Antisemitismus der extremen Rechten mit einem gegen Muslime gerichteten kulturellen Rassismus verbunden ist.

Ähnliches war im gleichen Monat bei einer Rede des Neonazis Arthur Joseph Jones aus dem Bundesstaat Illinois im Anschluss an einen Aufmarsch in Pikeville im Bundesstaat Kentucky zu hören. Jones warf Trump vor, »Horden von Juden« um sich zu scharen, darunter seinen Schwiegersohn, und die Welt angeblich an den Rand eines Dritten Weltkriegs zu drängen. Er resümierte, dass »wir dumm genug waren, diesen naiven, Juden liebenden Idioten in das Weiße Haus zu schicken«. Er schloss seine Rede – wie in der Szene üblich – mit einem »Hitlergruß« und der Parole: »White power!« (»Weiße Macht«). Bei dem Aufmarsch in Pikeville waren die beiden – jeweils einige hundert Mitglieder zählenden – größten Neonazi-Parteien der USA, das »National Socialist Movement« (»Nationalsozialistische Bewegung«, NSM) um Jeff Schoep, und die TWP um Heimbach, sowie »Vanguard America« (»Vorhut Amerikas«, VA) um Dillon Ulysses Hopper (tritt unter seinem Geburtsnamen »Dillon Irizarry« auf) und die »League of the South« (»Liga des Südens«) um Michael Hill mit 70 Personen aufmarschiert. Alle vier gehören der im November 2016 gegründeten Dachorganisation »Nationalist Front« (»Nationalistische Front«, NF) an, die versucht, die Kräfte der Bewegung zu bündeln und einen völkischen Staat für »Weiße« in Nordamerika fordert. Mit den gemeinsamen Veranstaltungen soll einerseits die Einheit der Szene demonstriert werden, andererseits wurde das Hakenkreuz auf der Fahne der NSM gegen eine Odalsrune ausgetauscht, um ansprechender auf die BewohnerInnen des ländlichen Kreises Pike County, in dem Trump 80 Prozent der Stimmen bei der Präsidentschaftswahl erhielt, zu wirken. Zwar erhielt Heimbach auf der Veranstaltung eine Gerichtsvorladung auf Grund eines Übergriffs in Louisville/Kentucky im vergangenen Jahr (s. drr Nr. 164), medial zahlte sich das Zusammentreffen aufgrund der auch internationalen Presseberichterstattung jedoch aus. Heimbach und Schoep gaben zahlreiche Interviews und versuchten die Aufmerksamkeit zu nutzen, um für ihre Ideologie und die wenigen KandidatInnen bei anstehenden Wahlen zu werben.



Aufbauen und angreifen

Bei aller ideologischer und taktischer Abgrenzung einiger Neonazis und »white supremacists«: Trump genießt weiterhin ein hohes Maß an Ansehen in der extremen Rechten. Schon im Laufe seiner Kandidatur hat sich eine Basis an UnterstützerInnen um seine Wiederentdeckung der »America First« (»Amerika zuerst«)-Politik herausgebildet. Der antifaschistische Journalist Spencer Sunshine spricht daher von »unabhängigem Trumpismus«. Zum ersten Mal sei nun zu beobachten, dass verschiedene Fraktionen der extremen Rechten Bezugspunkte zum gemeinsamen Agieren finden. Diese Entwicklung wird gezielt von »Denkfabriken«, Medien und Gruppen gefördert, um die Bewegung auszubauen. Am stärksten konnten bisher FunktionärInnen der selbsternannten »Alt-Right« (»alternative Rechte«, s. drr Nr. 164) von diesen Entwicklungen profitieren.

Bis dahin weitestgehend unbekannte Denkfabriken wie das 2005 gegründete »National Policy Institute« (»Institut für nationale Politik«, NPI) um Richard Spencer konnten durch ihre Unterstützung von Trump ein internationales Medienecho auslösen. Neue Gruppen wie VA, aber auch die 2016 gegründete »Identity Evropa« (»Identität Europa«, IE) um den ehemaligen Soldaten Nathan Damigo werben vor allem an Universitäten um neue Mitglieder. Damigo verbüßte von 2010 bis 2014 wegen eines rassistisch motivierten und bewaffneten Überfalls auf einen Taxifahrer im Jahr 2007 eine Haftstrafe, in der er von den Schriften David Dukes politisiert wurde. Momentan studiert Damigo an der »California State University, Stanislaus«. Bisher konnte er einige hundert Mitglieder um sich sammeln und fand eine erhöhte Aufmerksamkeit, nachdem er am 15. April im nahe gelegenen Berkeley vor laufender Kamera eine Gegendemonstrantin zu Boden schlug. Im Netz überholte die Website



^ *US-Amerikanische Neonazis und Faschisten in Charlottesville*

»The Daily Stormer« (»Der tägliche Stürmer«, TDS; Anspielung auf die NS-Propagandazeitschrift »Der Stürmer« von Julius Streicher) des Neonazis Andrew Anglin mit ihrem Motto »Wir bereiten uns seit 2013 auf den Rassenkrieg vor« gar die erste und seit Jahrzehnten beliebteste Website der »white supremacist«-Bewegung, »Stormfront« um Don Black, und wurde zur am meisten genutzten des Landes. Zusätzlich steht mit der »Foundation for the Marketplace of Ideas« (»Stiftung für den Marktplatz der Ideen«) um Kyle Bristow seit Juli 2016 eine Organisation zur – oft kostenlosen – Rechtsberatung der Bewegung zur Verfügung.
Dieser Aufwind für die Bewegung macht sich durch ein erhöhtes Selbstbewusstsein und eine damit einhergehende erhöhte Anzahl an öffentlichen Veranstaltungen bemerkbar. Die Themen reichen von der Durchsetzung des Rederechts von extrem rechten ReferentInnen über Hetze gegen MigrantInnen oder Muslime bis hin zu dem Erhalt von Denkmälern für Konföderierte, vor allem in den Südstaaten. Ergänzt werden sie dabei seit Anfang des Jahres von »Pro-Trump«-Kundgebungen, abgehalten von UnterstützerInnen des Präsidenten. Hier wird vor allem die Umsetzung von Trumps Wahlversprechen gefordert. Alle diese Veranstaltungen geben extrem rechten GewalttäterInnen die lang ersehnte Möglichkeit eine direkte physische Konfrontation mit dem verhassten politischen Feind, darunter vor allem AntifaschistInnen, einzugehen. Zu dem mittlerweile regelmäßig eingesetzten Waffenrepertoire gehören Holzstöcke, Reizgas, Messer, Schusswaffen sowie Schilde und Helme.
Einer der bisher größten Aufmärsche der »white supremacists« mit 500 TeilnehmerInnen fand am 12. August in der Stadt Charlottesville in Virginia unter dem Motto »Unite the Right« (»Vereint die Rechte«) zum Erhalt einer Statue des konföderierten Generals Robert E. Lee statt. Am Abend zuvor veranstaltete die Szene einen Fackelmarsch mit 300 TeilnehmerInnen zu Ehren von Lee. An diesem Wochenende traten in bisher nicht vorhandener Einigkeit Mitglieder der NPI, IE, NF und nahezu aller anderen relevanten »white supremacist« Gruppen gemeinsam auf. Der 20-jährige »white supremacist« James Alex Fields Jr. fuhr gezielt mit seinem Auto in eine Gegendemonstration, verletzte 19 Personen und tötete die 32-jährige Rechtsanwaltsgehilfin Heather Heyer. Zuvor trug er auf der Kundgebung ein Schild der VA.

Freunde im Weißen Haus?

Nicht nur bei Demonstrationen treten »white supremacists« und andere extrem Rechte nun mit größerem Selbstbewusstsein auf. Seit Jahresbeginn wird durch eine Vielzahl von Anschlägen gegen muslimische Gemeinden, Schändungen von jüdischen Friedhöfen, Angriffe auf linke Treffpunkte, Bombendrohungen, verbalen und physischen Angriffen, sowie rassistischen und politischen Morden der Höhenflug der extremen Rechten im Alltag spürbar. Zeitgleich mit dem Amtsantritt von Trump sind extrem rechte Medienmacher wie Stephen Bannon, Kopf von »Breitbart News«, und Politiker wie Sebastian Gorka, Mitglied des ungarischen »Vitézi Rend«, als hochrangige politische Berater ins Weiße Haus gezogen. Beide sind mittlerweile ihre Posten los. Bannon ist wieder zu »Breitbart News« zurück gekehrt.
Während Vorhaben wie der Bau einer Grenzmauer zu Mexiko und die Abschaffung von Gesundheitsreformen (»Obamacare«) nur schleppend vorankommen, werden mittels präsidialer Dekrete woanders wenig beachtete Fakten geschaffen. Beispielsweise wurde das politische Wirken für steuerlich befreite Kirchen – und damit für homophobe, trans-feindliche und gegen Abtreibungen gerichtete Kampagnen – vereinfacht und die Möglichkeiten erweitert, für religiöse Institutionen Abtreibungen und Verhütungsmittel als Teil der Krankenversicherungen ihrer MitarbeiterInnen abzulehnen. Die Vollstreckungspolitik der Einwanderungsbehörden wurde verschärft, sodass prinzipiell jede Person ohne gültige Ausweispapiere abgeschoben werden soll, wobei entsprechende Razzien bundesweit stattfinden. Auch das von seinem Amtsvorgänger ins Leben gerufene Schutzprogramm für Kinder von illegal Eingewanderten möchte Trump auslaufen lassen. Betroffen davon wären mehr als eine Million ImmigrantInnen, die als Minderjährige mit ihren Eltern illegal in die USA einreisten. Zeitgleich machte er zum ersten Mal von seinem Begnadigungsrecht im Fall von Joe Arpaio Gebrauch. Der Ex-Sheriff war wegen der Missachtung einer richterlichen Anweisung zur Einstellung diskriminierender Verkehrskontrollen von Einwanderern schuldig gesprochen worden. Die Einwanderung aus sieben muslimischen Ländern wurde verboten sowie die Aufnahme von Geflüchteten bis zum 27. Oktober ausgesetzt, angeblich zur Verhinderung von Terrorismus.
In einem solchen politischen Klima fühlen sich extrem Rechte dazu berufen, als vermeintliche »Vollstrecker des Volkswillens« aufzutreten. Den Übergriff in Louisville verteidigt Heimbach nun mit dem Hinweis, dass er auf Trumps Aufforderung hin gehandelt habe und lediglich sein Hausrecht habe durchsetzen wollen. Nach dem Anschlag in Charlottesville verurteilte Trump zunächst in bester extremismustheoretischer Manier »Hass und Gewalt« auf beiden Seiten, eine explizite Verurteilung seiner extrem rechten WählerInnen nahm er nicht vor.
Erst nach zweitägigem massiven Druck durch Öffentlichkeit, Opposition und die eigene Partei rang sich der Präsident zu einem schmallippigen Statement gegen »bösen Rassismus« und »Nazis« durch, das er wenige Tage später relativierte und das Entfernen der »schönen Statuen und Denkmäler« bedauerte. Für Neonazis ein weiteres Indiz, dass er noch immer »ihr« Präsident ist.

Das Scheitern der Mission »Defend Europe«

von Simon Murdoch (HOPE not hate)



Endlich: Die menschenverachtende Mission «Defend Europe« hat ein Ende gefunden. Die fanatische Anti-Islam-, Anti-MigrantInnen-, paneuropäische »Identitäre Bewegung« (IB) wollte die humanitäre und ehrenamtliche Arbeit der »search-and-rescue« (SAR)-Schiffe zur Rettung von MigrantInnen und Flüchtlingen auf dem Mittelmeer behindern. Das im Mai diesen Jahres mit Hilfe von zehntausenden Euros – gespendet von der internationalen extremen Rechten – gestartete Projekt behauptet zwar, einen Sieg errungen zu haben, tatsächlich kann davon aber keine Rede sein. Mit dazu beigetragen hat die Recherche und Öffentlichkeitsarbeit des antirassistischen und antifaschistischen Magazins »HOPE not hate« (Hnh) aus Großbritannien.

Von einem Versagen zum nächsten

Im Mai enthüllte Hnh, dass französische »Identitäre«, begleitet von der kanadischen extrem rechten Journalistin Lauren Southern, von der italienischen Küstenwache aufgehalten worden waren, nachdem sie ein kleines Boot benutzt hatten, um ein Schiff der NGO »SOS Méditerranée« am Auslaufen aus Catania auf Sizilien zu behindern. Im Nachgang zu dieser Aktion wurde eine Website eingerichtet, um Geld zu sammeln. Das Ziel war, eine »Crew zusammen zu bekommen, ein Schiff auszurüsten und dann im Mittelmeer die Schiffe der Schlepper zu jagen«. Die Website gab auch Einblicke in die hasserfüllten Motive der »Identitären«: »Eine Invasion findet statt. Die massive Einwanderung verändert das Gesicht unseres Kontinents. Wir verlieren unsere Sicherheit und unsere Lebensweise. Wir Europäer laufen Gefahr, eine Minderheit in unseren eigenen Heimatländern zu werden.«

Trotz einer Unterbrechung bei der Finanzierung – PayPal hatte das Konto am 26. Juni geschlossen – verkündete »Defend Europe«, dass endlich ein Schiff zur Verfügung stehe. Hnh lokalisierte die »C Star« am 29. Juni in dem ostafrikanischen Hafen von Dschibuti und veröffentlichte ein erstes Rundschreiben über »Defend Europe« für Presse und NGOs. In diesem wurden die Pläne der IB, das Schiff und die SchlüsselaktivistInnen beschrieben. Zusätzlich dazu wurden auch in zwei Rundschreiben die juristischen und rechtlichen Belange und Sachverhalte für NGOs veröffentlicht.

Unterstützung von rechtsaußen

Während die »C-Star« noch in Dschibuti lag, beflügelte das Projekt die Phantasie der internationalen extremen Rechten. David Duke, ehemaliger »Grand Wizard of the Knights« des »Ku Klux Klans«, wandte sich an seine 40.000 Twitter-AnhängerInnen: »Verteidige Europa Identitäres SAR hat ein Schiff, braucht jetzt Geld, um zum Mittelmeer zu gelangen. Spende jetzt! #DefendEurope». Unterstützung gab es auch von der US-amerikanischen »Alt-Right« – darunter Richard Spencers »AltRight.com«, Jared Taylors »American Renaissance« und eine der zu dem Zeitpunkt weltweit führenden Neonazi-Websites, die mittlerweile durch den Provider abgeschaltete »The Daily Stormer«.

Am 17. Juli veröffentlichte Hnh, dass der Besitzer der »C-Star«, Sven Tomas Egerstrom, 2002 wegen Betruges zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Zu diesem Zeitpunkt behauptete »Defend Europe«, dass das Schiff innerhalb von wenigen Tagen Europa erreichen würde. Das Ziel, internationale mediale Öffentlichkeit zu generieren, wurde damit erreicht. Unterstützung – vor allem auf Twitter, wo sie 800.000 Follower hat – kam von der britischen extrem rechten Journalistin Katie Hopkins von »Mail Online«, der Internetpräsenz des »Daily Mail«. Hopkins traf sich im weiteren Verlauf der Mission mit der Führung von »Defend Europe« in Catania. Nachdem sich Hnh bei »Mail Online« dafür einsetzte, die Journalistin abzuziehen, geschah dies auch. Hopkins Artikel erschien nicht.

Die Mission stockt

Vor der Passage des Suez-Kanals wurde die »C-Star« von den ägyptischen Behörden gestoppt, weil der Kapitän keine gültige Besatzungsliste vorlegen konnte. Die »Identitäre Bewegung« bezeichnete dies als »Fake-News«. Bis zur Weiterfahrt eine Woche später musste das Schiff vor Ort ankern.

Hnh und andere Initiativen hatten die Behörden des Suezkanals kontaktiert, um Bedenken über das Einlaufen des Schiffs ins Mittelmeer zu artikulieren. Später veröffentlichte die Mannschaft ein Video mit der amerikanischen »Alt-Right«-Vloggerin Brittany Pettibone, das Hnh für den Zwangsaufenthalt ihres Schiffes verantwortlich machte. Auch die Fundraising-Website »Patreon«, entfernte nach energischer Lobbyarbeit von Hnh diejenigen UserInnen, die mit »Defend Europe« verknüpft waren. Darunter Martin Sellner, Patrick Lenart und Lauren Southern.



< *Antirassistische Aktion von Fischern im tunesischen Hafen von Zarzis gegen die »C-Star«*

Nachdem die »C-Star« ihre Fahrt im Mittelmeer fortsetzen durfte, wurde sie im türkisch-zypriotischen Hafen von Famagusta festgehalten. Die Glaubwürdigkeit der Mission war endgültig beschädigt, als die Behauptung aufkam, dass das Schiff – gechartert, um Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa zu stoppen – Flüchtlinge mit dem Ziel Italien an Bord hatte. Der Besitzer und ein leitender Offizier wurden wegen des Verdachts des »Menschenschmuggels« festgenommen, nachdem man 21 Personen aus Südasien an Bord gefunden hatte. Zwar erhärtete sich der Verdacht nicht, aber fünf der sri-lankischen Crew-Mitglieder beantragten in Zypern Asyl. Die über einen Monat wiederholte großspurige Ankündigung von »Defend Europe«, am 19. Juli unter den Augen der internationalen Presse in Catania mit der Mission zu starten, konnte nicht umgesetzt werden. Dem Druck von NGOs, antirassistischen Organisationen und PolitikerInnen war es zu verdanken, dass »Defend Europe« die Basis auf Catanias Gagliani-Straße verließ und am 31. Juli heimlich nach Zypern flog, um sich der »C-Star« anzuschließen.

Am Ende Stillstand

Anfang August, die Kampagne war gerade im Gange, enthüllte Hnh die Identität eines der zentralen »Defend Europe«-Unterstützer und Propagandisten: Hinter dem Pseudonym Peter Schweden verbirgt sich der 22-jährige Peter Imanuelsen. In den folgenden Wochen bewegte sich die »C-Star« in Richtung der SAR-Zone vor der libyschen Küste und begann, NGO-Schiffe in der Region zu filmen. Die AktivistInnen waren sich nun darüber bewusst, dass sie zu blockieren illegal gewesen wäre. Dann scheiterte der Versuch, in Tunesien anzulegen, um die Vorräte aufzustocken. Lokale Fischer im Hafen von Zarzis blockierten mit Erfolg das Schiff.

Obwohl die »C-Star« der Satellitenverfolgung nach für einige Zeit vor der Küste von Tunesien zu ankern schien, legen Dokumente, die an Hnh weitergegeben wurden, nahe, dass das Schiff am tunesischen Ölterminal Ashtart Treibstoff aufnahm, bevor es Richtung Libyen zurückkehrte.

Am 11. August, funkte die »C-Star« ein »kleines technisches Problem« und die zuständige Leitstelle beorderte die »Sea-Eye« an Ort und Stelle, ein NGO-Schiff, um das havarierte Schiff zu unterstützen. Hnh hatte schon länger die Seetüchtigkeit der »C-Star« bezweifelt. Nachdem maritime ExpertInnen, die zurate gezogen wurden, hunderte Bilder des Schiffes studiert hatten, erhoben sie ernsthafte Bedenken und Hnh initiierte eine »Port State Control Inspection«. Die »C-Star« wurde nun als »Priorität 1« eingestuft: Wenn sie das nächste Mal in einen europäischen Hafen einliefe, würde sie gestoppt und sofort einer Inspektion unterzogen werden.

Das endgültige Aus kam am 17. August, als es einem Bündnis von NGOs – darunter Hnh – gelang, dass es der »C-Star« verboten wurde, maltesische Häfen anzulaufen.

Wenige Stunden später gab »Defend Europe« das Ende der Mission bekannt und setzte eine Pressekonferenz für den 19. August in Lyon, Frankreich an. Es mag kaum zu glauben sein, aber dort präsentierte die Kampagne die Aktion als Erfolg.

»Defend Europe« behauptete auch, dass es eine Kooperation mit der libyschen Küstenwache (LCG) gegeben hätte, um die NGOs zu stoppen. Doch eine der katholischen Wochenzeitung »Famiglia Cristiana« vorliegenden Audio-Aufzeichnung zwischen der Crew und der LCG zeigt, dass die LCG diese »Hilfe« strikt zurückgewiesen hatte. Außerdem befahl die LCG auf Geheiß der libyschen Behörden dem Schiff, die Küstengewässer zu verlassen – ein erbärmlicher Flop.

Gernika: 80 Jahre später

80 Jahre nach der Zerstörung der baskischen Stadt Gernika am 26. April 1937 durch die deutsche »Legion Condor« sind noch immer viele Fragen zu klären und es wird heftig um die Deutung gestritten.

von Frank Steinfeld

Während der franquistisch Diktatur von 1939 bis 1977 wurde das Märchen von »den Roten, die ihre eigene Stadt angezündet hätten« zur Staatsdoktrin. Nach der »transicion« (Übergang zum Parlamentarismus) bis heute wird die Legende verbreitet und in Schulen gelehrt, die deutschen JU 52 Behelfsbomber und Heinkel-Jagdflugzeuge hätten im Verbund mit italienischen Kräften eigentlich – aus taktischen Gründen – die Brücke des Städtchens treffen wollen.
Nach über dreistündigem Bombardement, – die Flieger gingen aufgrund nicht vorhandener Flugabwehr bis auf 60 Meter Flughöhe herunter – die am Markttag zahlreich anwesenden Menschen konnten in die Gesichter der bombardierenden und später gezielt auf sie feuernden Flieger blicken, war die gesamte Innenstadt zerstört. Das angebliche Ziel, die Rentería-Brücke über die Oka, überstand die Bombardierung unbeschadet. Nach neueren Untersuchungen starben etwa 2.000 Menschen – zum Zeitpunkt des Angriffs befanden sich zahlreiche Flüchtlinge in dem Städtchen. Die komplette Zerstörung einer Stadt durch Flugzeuge, zudem unverteidigt und ohne militärische Bedeutung, war bis dato unbekannt und schockierte die Welt.
Die Bomber- und Aufklärungseinheiten der »Legion Condor« hatten zu 70 Prozent ihre Ausbildung auf dem Fliegerhorst Wunstorf bei Hannover erhalten. Der Oberbefehl für den Luftkrieg an der spanischen Nordfront lag auf deutscher Seite bei General Hugo Sperrle, assistiert von Wolfram von Richthofen. Der Führer der spanischen Faschisten, General Fransisco Franco, war allerdings über alle Schritte mindestens informiert. Die »Legion Condor« war seit 1937 auf Seiten der Faschisten im Einsatz. Bereits Anfang Februar 1937 hatte sie sich an einem ersten Massaker beteiligt, als sie einen Flüchtlingskonvoi auf dem Weg von Málaga nach Almeria angriff. Die Zahl der Toten des »Massaker von Málaga« wird auf 5.000 geschätzt. Die Bombardements auf verschiedene spanische Städte wurden akribisch militärisch und technisch ausgewertet. Gernika war kein Einzelfall. Die aus den »Übungen« gezogenen Erfahrungen wurden dann im Zweiten Weltkrieg bei den deutschen Angriffen auf Coventry, Warschau und Rotterdam deutlich. Schon am 29. April 1937 marschierten faschistische Truppen ein, die neben Mord und Vergewaltigung auch Spurenbeseitigung betrieben.
Bis heute ehrt die baskische Bevölkerung den englischen Journalisten George Steer, der einen Tag nach dem 26. April 1937 in Gernika eintraf und dessen Untersuchungen und Berichte in der »London Times« veröffentlicht wurden. Ohne ihn hätten sich die – heute hieße es alternative Fakten – wohl durchgesetzt. Auch Pablo Picassos weltbekanntes Gemälde »Guernica«, das bei der Weltausstellung 1937 in Paris gezeigt wurde, hätte einen anderen Namen getragen oder wäre so nicht entstanden.

Gernika danach

Wer sich mit Gernika beschäftigt, wird automatisch mit dem Kampf um baskische Autonomie konfrontiert. Nach dem Sieg der Faschisten verboten diese, über die Bombardierung zu sprechen. Die Bürgerkriegserfahrungen und die 40 Jahre andauernden harten Repression und Unterdrückung durch die franquistische Zentralregierung in Madrid sowie die Unterdrückung der baskischen Sprache und Kultur durch den Faschismus und die politischen Kontinuitäten durch die »Partido Popular« (»Volkspartei«, PP), sind bis heute prägend für linke und antifaschistische Politik im Baskenland. Als die »Comision de Bombardeo« 1977 erstmals öffentlich ZeitzeugInnen und Opfer zu Wort kommen ließ, war das ein befreiendes Ereignis in Gernika und darüber hinaus. Die Behinderung unabhängiger historischer Arbeit und die Unterdrückung baskischer Kultur und Unabhängigkeit waren und sind damit aber nicht beendet.
Von staatlich-spanischer Seite blieb vieles beim Alten: Noch immer sind landesweit über 300 Straßen nach Franco benannt. Mit dem Amnestiegesetz von 1977 bleiben bis heute die Verantwortlichen für staatliche Folter und Mord, nicht nur im Baskenland, straffrei. Erst kürzlich setzte sich die regierende konservative PP mit der Beibehaltung einer geplanten feierlichen Exhumierung eines Putschgenerals durch.

Gernika gedenkt

Gernika bezeichnet sich als »Stadt des Friedens« und verleiht regelmäßig einen Friedenspreis im Rahmen der jährlich abgehaltenen Gedenkwoche. In diesem Jahr wurde er an je einen Vertreter von Regierung und FARC-Guerilla in Kolumbien vergeben. Die Gedenkwoche mit einer Vielzahl von Veranstaltungen bildete die verschiedensten Strömungen ab. So mündete ein Sternmarsch mit der Forderung Geflüchtete zu unterstützen und im Baskenland aufzunehmen, in Gernika. Auf dem früheren Marktplatz gab es vor mehreren tausend TeilnehmerInnen sehr politische und persönliche Redebeiträge von Geflüchteten – während Beiträge von ParteifunktionärInnen scheinbar nicht gewollt waren. Dagegen hatte die religiöse Trauerfeier am 26. April auf dem städtischen Friedhof hochoffiziellen und europaweit medienwirksamen Charakter. Delegationen verschiedener baskischer Institutionen, aber zum Beispiel auch aus Nagasaki und Kobane, legten Kränze nieder. Von Seiten des spanischen Staates erschien – wie immer – niemand.



Deutsche Erinnerungskultur

Von deutscher Seite war am 26. April nicht nur die Bundesregierung vertreten, sondern auch Delegationen aus Rostock, Dresden und Pforzheim. Letztere ist seit 1989 Partnerstadt von Gernika und wurde 1945 fast komplett von den Alliierten zerstört. Gute Absichten unbelassen, wird hier die Botschaft transportiert: Wir sind alle Opfer geworden, im Schmerz vereint und wollen deshalb Frieden. Fragen nach Tätern, Verantwortung und Zusammenhängen werden ausgespart.

Der seit 1982 in Wunstorf/Neustadt am Rübenberge tätige »Arbeitskreis Regionalgeschichte« kann davon ein Lied singen. Als durch seine Recherche und Publikationen nach und nach publik wurde, dass viele der in Gernika eingesetzten Piloten ihre Ausbildung in Wunstorf erhalten hatten, war die Reaktion von Stadtgesellschaft, Bundeswehr und einer Veteranenvereinigung zunächst Leugnung. Einzelne Aktive des Arbeitskreises wurden denunziert und an den Pranger gestellt. Nach der Veröffentlichung weiterer gut recherchierter und erdrückender Fakten ging es dann in den 1990er Jahren von militärischer Seite her um Relativierung der Geschehnisse.

Im November 2013 agierte die »Traditionsgemeinschaft Lufttransport Wunstorf e. V.« (TGLW) als Betreiberin des auf dem Fliegerhorst befindlichen JU 52-Museums noch mit einem Hausverbot gegen einen Aktiven des Arbeitskreises. Und bis heute gleicht das Museum eher einer Militaria-Sammlung rund um die »gute alte Tante JU 52«, die dort im aufgearbeiteten Original »bewundert« werden darf. Da es auch in vermeintlich »seriösen« regionalen Medien zu »Falschdarstellungen« hinsichtlich des Lufttransportmuseums »Ju-52-Halle« gekommen sei, sah sich die TGLW zu einer Richtigstellung genötigt. Die »Falschdarstellung« habe zum Ziel, »einen Flugzeugtyp und seine Besatzungen für die verbrecherische Politik während der Zeit des Nationalsozialismus (1933 – 1945) und seine Auswirkungen verantwortlich zu machen«. Viel Raum nimmt die technische Chronologie der Entwicklungsgeschichte des bei Junkers in Dessau gebauten Flugzeugs ein. Die Beteiligung an den Bombardierungen von Gernika, Durango und später Warschau wird in kurzen Sätzen abgehandelt. Kein Wort des Mitgefühls oder gar der Entschuldigung – kein Gefühl für das Spannungsfeld in dem sich die Ausstellung bewegt: kritikfreies Zelebrieren eines Mythos der Luftfahrt, inklusive Puppen in Wehrmachtsuniform.

In Wunstorf selbst gibt es bis heute eine »Oswald-Boelcke-Strasse«, benannt nach einem 1916 abgeschossenen Weltkriegsflieger und gleichzeitigem Namensgeber des »Kampfgeschwader Boelcke«, dessen in Wunstorf und Langenhagen bei Hannover stationiertes Personal einen Kern der »Legion Condor« bildete.

Sogar die Standortkommandantur in Person des Kommodore Ludger Bette erkennt heute die wesentlichen geschichtlichen Fakten an und gibt sich geläutert. Ohne allerdings an der »Oswald-Boelke-Strasse« und dem JU 52-Museum zu rütteln. Ersteres dürfte ihm auch schwer fallen. Hat die Luftwaffe doch seit 1958 mit dem »Taktischen Luftwaffengeschwader 31 ‹Boelcke›« ein sogenanntes »Traditionsgeschwader« im Einsatz.

Am 8. September 2017 wurde in Zusammenarbeit mit »Bündnis 90/Die Grünen« ein Gedenkstein für das zerstörte Gernika auf dem Fliegerhorst aufgestellt. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass seit Joschka Fischers »nicht trotz, sondern wegen Auschwitz«-Umdeutung des Jugoslawienkrieges 1998 zahlreiche Bundeswehreinsätze weltweit stattfanden. Der Fliegerhorst Wunstorf ist heute mit den dort stationierten hochmodernen »Airbus A400M«-Maschinen eine wichtige Drehscheibe für Auslandseinsätze.

Wider rechte Mythen

von Margarete Schlüter

Über mehrere Monate hinweg hat die »Frankfurter Rundschau« (FR) »Die Mythen der Rechten« in einer gleichnamigen Serie analysiert. Einige der im Rahmen der Serie veröffentlichten Artikel sind in dem vorliegenden Buch in einer aktualisierten und erweiterten Fassung zu finden.

Die beteiligten JournalistInnen haben zu einschlägigen rechten Mythen recherchiert und diese fundiert als solche aufgedeckt: »Alle Fremden sind Verbrecher«, »Alles für die, nichts für uns«, »Die verderben unsere Kinder«, »Unser Volk stirbt aus« und »Die lügen uns alle an«. Es handelt sich um eine Mischung aus Halbwahrheiten und Lügen, die über das Internet und insbesondere die sozialen Medien eine schnellere Verbreitung und größere Reichweite erlangen. Es geht dabei um »Geschichten, die oft nicht nur an den vermeintlichen Rändern erzählt und geglaubt werden«. Dem Internet die maßgebliche Verantwortung dafür zu geben, greift zu kurz. Es sind die von vielen in der Gesellschaft vertretenen Vorurteile, bei denen die rechten Mythen auf fruchtbaren Boden fallen.

Mit Recherche und Aufklärung begegnen die JournalistInnen dem menschenverachtenden Hass. Darüber hinaus werden Initiativen vorgestellt, die über Internetmissbrauch und Falschmeldungen aufklären und Tipps gegeben, wie jedeR »leicht herausfinden (kann), ob eine Information korrekt und die Quelle seriös ist«. So sollte man zum Beispiel bereits bei einer überspitzten Darstellung von Inhalten hellhörig werden, die Nachrichtenquelle herausfinden, auf die angewandte Sprache achten sowie die verwendeten Bilder genauer in den Blick nehmen. Skeptisch sollte man als Lesende auch dann werden, wenn »detaillierte Informationen unmittelbar nach einem Ereignis auftauchen«. Denn für fundierte Ergebnisse ist eine umfassende Recherche notwendig, die Zeit in Anspruch nimmt.

Das Buch schließt mit einem Glossar, in dem sowohl Schlagworte der Rechten als auch diejenigen benannt werden, die für die Verbreitung rechter Mythen mitverantwortlich sind: Parteien, Gruppierungen, Einzelpersonen und rechte Medien.

Dieses kurzweilig geschriebene Buch ist all jenen zu empfehlen, die rechte Erzählungen nicht einfach nur als solche abtun möchten, sondern diesen fundierte Recherchen entgegensetzen und zudem zweifelhaften Nachrichten selbst nachgehen möchten.

Bascha Mika und Arnd Festerling (Hrsg.): Die Mythen der Rechten. Was sie uns glauben machen wollen – und wie wir uns dagegen wehren können. Frankfurt am Main 2017, Societäts-Verlag, 176 Seiten, 12,80 Euro

Über rechte Hooligans

von Sascha Schmidt

Spätestens seit 2012 ist in vielen deutschen Stadien ein »Kulturkampf« zwischen rechten Hooligans und antirassistischen Ultragruppen zu beobachten. Rechte Hooligan- und Fangruppen versuchen, die ihnen verloren gegangenen Stadionblöcke zurückzuerobern und antirassistische Ultragruppen gewalttätig aus den Stadien zu verdrängen. Die Randale der »Hooligans gegen Salafisten« (HoGeSA), vom Oktober 2014 in Köln, und die nachfolgend zu beobachtende Teilnahme rechter Hooligans an Kundgebungen der PEGIDA-Bewegung und ihre Einbindung in Ordnerstrukturen der selbsternannten ‹Retter des Abendlandes› stehen beispielhaft für die Repolitisierung dieser rechten Gruppierungen.

Der Sammelband »Fäuste, Fahnen, Fankulturen«, verfasst von Journalisten, Fanforschern und »sonstigen Fußballexperten«, nimmt die »Rückkehr der Hooligans auf der Straße und im Stadion« – unter internationaler Perspektive – in den Fokus.

Eingeleitet wird dieses Vorhaben durch Peter Beitzel, der einen kurzen Abriss der Geschichte des Hooliganismus vornimmt. Pavel Brunßen und Peter Römer stellen internationale Netzwerke rechter Hooligans, wie die islamfeindlichen und nationalistischen »Defenders of the European Culture«, vor. Daniel Ryser analysiert die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen russischen und englischen Hooligangruppen bei der EM 2016 in Frankreich. Der Produzent der Dokumentation »Inside Hogesa«, Fred Kowasch, gewährt Einblicke in seine Erkenntnisse im direkten Umgang mit der Szene. Mark Haarfeld beschreibt die Geschichte der Fußball-Fankultur in der DDR und die Rolle des Fußballs als Protestkultur für Heranwachsende. Dabei thematisiert Haarfeld auch den (Nicht-)Umgang der DDR-Staatsführung mit rechten Hooligans und die seit Mitte der 1980er zu beobachtende Verstrickung zwischen Fußballfans und organisierten Neonazis. Robert Claus unternimmt einen »Streifzug durch die Geschlechterwelten rechter Hooligans« und konstatiert zutreffend, dass »ohne über Männlichkeit zu reden, Hooliganismus nicht verstanden werden« kann. Mit einem »fussballphilosophischen Essay«, in dem der Herausgeber des Buches, Richard Gebhardt, das spannungsgeladene Verhältnis von Gewalt im Fußball und der Gesellschaft thematisiert, findet das Buch einen interessanten Abschluss.

Richard Gebhardt (Hrsg.): Fäuste, Fahnen, Fankulturen – Die Rückkehr der Hooligans auf der Straße und im Stadion. Köln 2017, PapyRossa Verlag, 163 Seiten, 13,90 Euro

Recht und Rechte

von Ernst Kovahl

»Die politische Rechte ist auf dem Vormarsch. Umso mehr ist es notwendig, sich damit zu beschäftigen, wie das Recht auf rechte Gewalt, Rassismus, Antifeminismus und Antisemitismus reagiert«, schreibt die Redaktion der Zeitschrift »Forum Recht« einleitend in ihrem Heft »Deutsche Zustände«.

Maruta Sperling ordnet darin den NSU-Prozess in die Geschichte der politischen Strafjustiz ein. Sie kritisiert die mangelnde Auseinandersetzung mit dem rechten Netzwerk der Gruppe und beschreibt, wie unterschiedlich die Justiz mit politisch motivierten Taten umgegangen ist (NS-Prozesse, RAF, NSU, ...). Rechte TäterInnen würden methodisch entlastet. Sie betont die Bedeutung der Nebenklage, um den Deutungen von Staatsanwaltschaft und Gericht eine »Gegenerzählung« entgegenzustellen. Jonas Fedders beschäftigt sich mit der juristischen Auseinandersetzung zwischen der Publizistin Jutta Ditfurth und dem rechten Autoren Jürgen Elsässer (»Compact«). Er untersagte ihr gerichtlich, ihn als »glühenden Antisemiten« zu bezeichnen. Fedders kritisiert, dass zunehmend Gerichte trotz mangelnder Fachkenntnis entscheiden, welche Äußerungen als antisemitisch zu werten seien – ein »strukturelles Problem« und eine »fragwürdige« Entwicklung.

Die vorsätzliche Aktenvernichtung im NSU-Komplex im »Bundesamt für Verfassungsschutz« nach dem Auffliegen der Neonazi-Mordserie bezeichnet Maximilian Pichl als »Skandal ohne öffentlichen Aufschrei« und »beispiellosen Vorgang«. Ein Mitarbeiter des Dienstes hatte Akten von Spitzeln vernichtet, um Spuren zu beseitigen. Pichl meint, damit sei der »staatlichen Untersuchungspflicht« nicht nachgekommen worden.

Clara-Anne Bünger berichtet über den Prozess gegen die griechische Neonazi-Partei »Goldene Morgenröte« wegen Gewalttaten und Gründung einer kriminellen Vereinigung. Unter den Angeklagten sind zahlreiche Abgeordnete.

Weitere Aufsätze widmen sich einmal dem Berliner Prozess gegen Rolf Z., der 2015 einen Mann tötete. Seinen rechten Hintergrund würdigte das Gericht nicht. Am Agieren der Staatsanwaltschaft im NSU-Prozess wird dann gezeigt, dass die Wahrnehmung rechter Gewalt durch die Anklagebehörden in Deutschland »mindestens defizitär« sei. Die juristischen Auseinandersetzungen um Schwangerschaftsabbrüche werden des weiteren anhand der Beschäftigung mit Aktivitäten antifeministischer Bündnisse aus religiös-fundamentalistischen und nationalkonservativen bis faschistischen Gruppen beschrieben.

Forum Recht: Deutsche Zustände, Nr. 1/2017, Bundesarbeitskreis kritischer Juragruppen, Berlin 2017, 32 Seiten, 3 Euro (Abo: 12 Euro). Bezug: www.forum-recht-online.de

Photos

Mark Mühlhaus/attenzione (Seiten 3, 12)
Archiv »der rechte rand« (Seiten 4, 5, 9)
Roland Geisheimer/attenzione (Seiten 15, 16)
Ney Sommerfeld (Seiten 18, 19)
Kai Budler (Seite 20)
Anthony Crider - Wikimedia (Seite 24)
Fernando Vázquez - Wikimedia (Seite 29)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH
berger@interdruck.net
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.